

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## AUS DEM INHALT

Eberhard Müller  
Zur demokratischen Willensbildung

Wilhelm Hahn  
Kritik und Dienst

Eberhard Stammler  
Die Partei und der einzelne

Bernard von Brentano  
Die öffentliche Meinung

## Inhaltsverzeichnis

<b>Evangelische Verantwortung</b>	1
Eberhard Amelung	
<b>Die Bedeutung der Diskussion für die demokratische Willensbildung</b>	4
Eberhard Müller	
<b>Kritik und Dienst als Grundkräfte demokratischer Ordnung</b>	7
Wilhelm Hahn	
<b>Die Partei und der einzelne</b>	11
Eberhard Stammler	
<b>Die öffentliche Meinung aus der Sicht eines Schriftstellers</b>	12
Bernard von Brentano	
<b>Gläubiger Realismus. Zur Verleihung des Friedenspreises an Paul Tillich</b>	15
Otto Heinrich v. d. Gablentz	
<b>Berichte</b>	17
Ein zielbewußter Katholikentag · Marlies Flesch-Thebesius	
<b>Bücher</b>	19
Ludwig Freund, Politik und Ethik — Paul Tillich, Auf der Grenze	

---

### Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Pfarrer D. Dr. Eberhard Müller ist Leiter der Evangelischen Akademie in Bad Boll über Göppingen. — Professor D. Wilhelm Hahn, MdB (Heidelberg, Kapellenweg 9) ist ord. Prof. der praktischen Theologie an der Universität Heidelberg. Der vorliegende Aufsatz wurde vom Süddeutschen Rundfunk am 17. Juni 1962 gesendet. — Pfarrer Eberhard Stammler (Stuttgart-O., Gerokstraße 21) ist Chefredakteur der Zeitschrift „Junge Stimme“. — Professor Dr. Otto Heinrich v. d. Gablentz (Berlin-Dahlem, Habelschwerter Allee 24) ist ord. Prof. der wiss. Politik an der Hochschule für Politik in Berlin. — Bernard von Brentano (Wiesbaden, Bingertstraße 25) ist freier Schriftsteller. — Marlies Flesch-Thebesius (Frankfurt a. M., Franz-Lenbach-Straße 11) hat als Journalistin gearbeitet und das Studium der Theologie abgeschlossen.

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers und Dr. Robert Tillmanns  
Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

---

10. Jahrgang, Nr. 10

Oktober 1962

---

Mit diesem Heft stellt sich die „Evangelische Verantwortung“ im neuen Gewand vor. Seit fast 10 Jahren ist sie das Organ des evangelischen Arbeitskreises und hat als solches versucht, die Stimme der Evangelischen innerhalb der CDU auch über die Grenzen der Partei hinaus hörbar werden zu lassen. Zu politischen und kirchlichen Ereignissen wurde Stellung genommen, Gesetze wurden kommentiert und Grundfragen der politischen Ethik behandelt. Es geschah in Konsequenz dessen, was Hermann Ehlers zur Einleitung des ersten Heftes im März 1953 schrieb:

„Diese Blätter sollen ein Zeugnis sein. Das Zeugnis einer Verantwortung, die seit 8 Jahren von vielen evangelischen Menschen in Deutschland wahrgenommen worden ist. Diese Menschen hatten Erkenntnisse und Erfahrungen in den bitteren Jahren des Hitlerstaates gesammelt. Sie hatten gelernt, daß die Vorstellung weiter evangelischer Kreise, Glaube und Bekenntnis hätten mit der Politik nichts zu tun, falsch ist. Die lange über 1918 hinauswirkende Meinung, daß der Staat die Gewähr für die Vertretung der christlichen Anliegen in der Politik biete und der einzelne evangelische Christ darum einer Konkretisierung seiner politischen Verantwortung enthoben sei, brach im Hitlerstaat endgültig zusammen.

Dazu kam die Erfahrung, daß in der Abwehr des totalitären Angriffs auf den Glauben evangelische und katholische Christen in einer Front standen. Wenn aus dieser Erfahrung bei manchen eine zu primitive Vorstellung von den Möglichkeiten einer Begegnung und einer Überwindung der konfessionellen Spaltung erwuchs, so hat der vorläufige Wegfall des gemeinsamen Gegners diese Überforderung der politisch-weltanschaulichen Zusammenarbeit schnell korrigiert. Weil aber gleiche oder ähnliche Gefährdungen jeden Tag wieder auftreten können, ja in noch größerer Brutalität auftreten, sollten wir das Wissen um die Notwendigkeit gemeinsamer Abwehr nicht einschlafen lassen . . .

Die Männer und Frauen, die ihren politischen Weg in der CDU sahen, wollten aber dazu helfen, daß eine geprägte christliche Verantwortung in der deutschen Politik gestärkt wird und daß der evangelische Volksteil seinen eigenen und eigenständigen Beitrag dazu leistet. Von den Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen und von den Angriffen, die gegen diesen Versuch von den verschiedensten Seiten aus den mannigfaltigsten Beweggründen gerichtet werden, wird in diesen Blättern laufend zu reden sein.

Wir sind überzeugt, daß die evangelische Verantwortung gebietet, diesen Weg fortzusetzen. Jedes dieser Blätter soll darum ein Ruf sein, unseren Weg kritisch, aber verantwortungsbewußt zu prüfen und mit uns gemeinsam diesen Weg weiterzugehen. Wir glauben, daß das Geschick der deutschen Demokratie davon bestimmt wird."

Diese Worte von Hermann Ehlers bleiben weiterhin gültig. Gewiß hat sich unsere Situation seit jener Zeit in mancher Hinsicht verändert, aber die Verantwortung ist gleich geblieben. Wie vor fünfzehn oder vor zehn Jahren fragen wir, was die Botschaft von Jesus dem Christus für die Entscheidungen bedeutet, die wir im politischen Alltag zu fällen haben. Denn in dieser Botschaft wurzelt unsere Verantwortung. Von dort her haben wir den Auftrag zum Zeugnis in der Welt und fragen nun, wie dieses Zeugnis in unseren Entscheidungen konkret werden kann. Denn wenn man sich für das, was man tut, verantworten muß, dann kann man nicht anders als nach dem Zusammenhang zwischen Botschaft und Tun zu suchen. Wir müssen unsere Entscheidungen daraufhin befragen, ob sie Hinweis sind auf das, was uns treibt.

Unsere Verantwortung ist gleich geblieben, auch wenn die Situation sich verändert hat. Weil wir in der Verantwortung stehen, nehmen wir die Veränderungen der Situation ernst und fragen, was sie für uns bedeuten. Das wird auch in Zukunft eine der Aufgaben dieser Zeitschrift sein. Denn es gibt für eine gute Politik keine größere Gefahr, als daß sie auf Analysen der Situation beruht, die überholt sind und der Gegenwart nicht mehr entsprechen. Ohne Zweifel ist der Politiker, der um seine Verantwortung weiß, besonders gefährdet. Allzuleicht nämlich vermischen sich Wunsch und Realität, verfälscht die Idee einer guten Gesellschaft das Bild ihrer Wirklichkeit. Die saubere Analyse der Gegenwart ist deshalb eine der Voraussetzungen klarer politischer Entscheidungen. Wir können die Wirklichkeit nur dann politisch gestalten, wenn wir wissen, welche Wirklichkeit wir meinen.

In den zehn Jahren, die der evangelische Arbeitskreis jetzt existiert, haben sich seine Funktionen kaum verändert. Es geht noch immer darum, „die Evangelischen der CDU und die CDU den Evangelischen glaubhaft zu machen“, wie es Otto Heinrich von der Gablentz in diesem Heft gesagt hat. Diese Aufgabe ist in den vergangenen Jahren nicht einfacher geworden und verlangt heute sicher mehr Phantasie, Kenntnisse und Überzeugungskraft als in früheren Jahren. Mancher Idealismus zur Mitarbeit und viel Interesse an der Politik in der evangelischen Kirche ist geschwunden, die Erfahrungen aus der Zeit nach 1933 und die Vorsätze aus der Kriegszeit versinken im Vergessen, hier und da haben sich die Fronten verhärtet. Im Gedränge des politischen Alltags ist aber auch unser Auftrag und damit unsere Existenzberechtigung nicht immer deutlich hervorgetreten. Oft haben wir uns nicht genügend Mühe gegeben, unsere Handlungen zu erklären oder berechnete Verärgerungen aufzufangen. Nicht zuletzt geht die Kirche in der Wohlstandsgesellschaft andere Wege als die Kirche in der Trümmerwelt.

Massenparteien wie die CDU können nicht ungegliedert existieren, wenn sie Werkzeug im demokratischen Prozeß bleiben wollen. Die Union kann nicht zu einer eigenen Meinungsbildung kommen, wenn sie nur amorphe Mitglieder-masse ist. Es gibt vielerlei Prinzipien, nach denen eine Gliederung erfolgen kann; die nach regionalen oder Interessensgesichtspunkten ergibt sich leicht von selbst. Politische Meinung bildet sich im Gespräch zwischen den einzelnen Gruppen, und Entscheidungen werden bei uns gewöhnlich zwischen solchen Gruppen ausdiskutiert, die sich in der einen oder ande-

ren Konstellation zusammengefunden haben. Es entstehen Kompromisse zwischen links und rechts, zwischen Nord und Süd zum Wohl des Ganzen. Aber die Union wird und muß immer wieder über die Organisationsprinzipien nach regionalen oder ständischen Gesichtspunkten hinausstreben. Denn gerade weil sie als Partei keine Vertretung reiner wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Interessen sein will, brechen in ihren Reihen Fragen auf, die in tiefere Bereiche vorstoßen, die unmittelbar mit dem Menschenbild zusammenhängen.

Wir wollen, daß solche Fragen laut werden. Denn wir haben uns in der Überzeugung zusammengefunden, daß die sachlich politischen Entscheidungen nicht aus der Bindung an das Menschenbild entlassen werden dürfen. Da das Menschenbild und mit ihm das Gesellschaftsbild in unmittelbarer Beziehung zum Gottesbild stehen, heißt das nichts anderes, als daß wir den Glauben nicht von der Politik trennen wollen. Für diese Überzeugung steht der evangelische Arbeitskreis.

Wir wissen zur Genüge, welche Gefahren hier liegen. Menschenbilder sind keine politischen Unterscheidungsmerkmale. Wo immer sie dazu gemacht werden, richtet man unechte Fronten auf, vor denen alle politischen Mittel versagen. Der Politiker, der seine Aufgabe darin sieht, Weltanschauungskämpfe zu führen, hat als Politiker Konkurs gemacht. Er hat die Sache, um die es in seinem Metier geht, aus den Augen verloren und die Voraussetzungen seines Entscheidens zur Sache selbst erklärt. Menschenbild und Sachentscheidung hängen zusammen, sie sind aber nicht identisch. Wie sie zusammengehören, muß jeweils neu festgestellt werden. Der evangelische Arbeitskreis hat sich die Aufgabe gestellt, nach den politischen Lösungen zu suchen, die jeweils dem evangelischen Bild vom Menschen angemessen sind.

Es gibt keine Lösung dieser Probleme, die für alle Zeiten gültig ist. Mit dieser Überzeugung versuchen wir unserer Aufgabe gerecht zu werden. In diesen Dingen muß ständig neu gefragt und immer nach neuen Antworten gesucht werden. Fragen und Antworten setzen aber echte Diskussionen voraus, in denen die guten Lösungen von allen Seiten vorgeschlagen werden können. Von seiner Grundkonzeption und seiner Organisation her, ist der evangelische Arbeitskreis besonders dafür geeignet, Probleme offen anzusprechen und neue Lösungen alter Probleme zu erwägen. Beschränkt er sich darauf, das zu wiederholen, was andere Parteigremien auch schon gesagt haben, hat er seine Existenzberechtigung verloren. Der Arbeitskreis ist kein Entscheidungs-, sondern ein Diskussionskreis. Soll seine Arbeit Sinn haben, darf er sich nicht darauf beschränken, getroffene Entscheidungen nachzusprechen, sondern er muß mögliche Entscheidungen durchdiskutieren und vorbereiten.

Das rechte Diskutieren im Rahmen einer Partei ist nicht einfach und wirft mancherlei Probleme auf. Wir alle stehen dem Phänomen der politischen Diskussion oft recht hilflos gegenüber, weil die Diskussion in der deutschen Geschichte nie ein tragendes Element der politischen Meinungsbildung war. Unsere gesellschaftliche Entwicklung ist heute jedoch an einem Punkt angelangt, wo wir uns der Forderung nach der Diskussion nicht mehr entziehen können. Das vorliegende Heft der „Evangelischen Verantwortung“ ist aus diesem Grund den Fragen der Diskussion und der Kritik gewidmet. Damit ist eine Richtung angegeben, die auch in Zukunft verfolgt werden soll. Wir wollen die offene Diskussion aller Probleme, wir wollen echte Fragen und verantwortliche Kritik. Aber wir wollen auch den Ruf zum Engagement in der Politik und in der Union.

Eberhard Müller

## Die Bedeutung der Diskussion für die demokratische Willensbildung

In einem Beamtenstaat wird gefragt und geantwortet, es wird aber nicht diskutiert. In einem totalen Staat wird zwar scheinbar diskutiert, in Wirklichkeit wird agitiert. Darum erschien typischerweise das grundlegende Werk der bolschewistischen Diskussionskunst in der „Bibliothek des Agitators“. In der Demokratie müßte die Diskussion geradezu die grundlegende Form menschlicher Willensbildung sein. Es gibt aber viele Demokraten, die nicht diskutieren, sondern debattieren, und die darum in der Gefahr sind, die Demokratie zu diskreditieren.

Die Debatte ist nicht ein gemeinsames Suchen nach einer richtigen Lösung: sie ist das Ringen von zwei Partnern, von denen sich jeder durchsetzen und recht behalten will. Wo diese Methode in der Demokratie zur Herrschaft kommt, wird jede Auseinandersetzung — ein typisch deutsches Wort — entweder zur Gefahr der Spaltung, oder sie führt zur Unterwerfung derjenigen Gruppen in den Parteien oder im Staat, die sich darin nicht durchsetzen können. Wo die Debatte und nicht die Diskussion das Feld beherrscht, bleibt denen, die ihre Meinung nicht durchsetzen können, nur die Resignation oder die Spaltung übrig. Das ist dort anders, wo die gemeinsame Willensbildung in einer echten Diskussion vollzogen wird. Hier geht es nicht um die allgemeine Anerkennung einer bereits bestehenden Auffassung oder um das Auskegeln der Machtverhältnisse, — hier geht es um kooperative Denkvorgänge. Diskutieren kann nur, wer bei jedem Gespräch bereit ist, von dem Gesprächspartner etwas dazuzulernen, und selber bereit ist, den Beitrag seiner Erkenntnis in einen gemeinsamen Denkvorgang einzubringen. Es ist typisch und bedauerlich, daß man in Deutschland diesen Unterschied, der in der ganzen angelsächsischen Welt selbstverständlich ist, weithin überhaupt nicht kennt. Daraus ergibt sich, daß viele es leid sind zu diskutieren, weil doch nichts dabei herauskommt. In Wirklichkeit haben sie an gar keinen echten Diskussionen, sondern an Debatten teilgenommen, bei denen man zu keinem Gedankenfortschritt gekommen ist, sondern die Sache zerredet hat. Menschen, die aus solchen Erfahrungen heraus nichts von der Diskussion halten, stehen logischerweise auch der Wirklichkeit der Demokratie mit einer gewissen Skepsis gegenüber. Sie glauben, der größere Realismus liege bei denen, die es verstehen, sich Hausmächte zu sammeln und sich stets ein klares Übergewicht ihrer Gruppe zu verschaffen. Man muß aber ernstlich fragen, ob dabei nicht Grundtatbestände der modernen Gesellschaft übersehen werden, die selbst die Machthaber im bolschewistischen Rußland aus bitteren Erfahrungen heraus wahrgenommen haben. Es ist wahrscheinlich nicht nur ein politischer Trick, daß Chruschtschew den Personenkult abgeschafft hat. Offenkundig hat es sich in der Endphase des Stalinismus eindeutig herausgestellt, daß in einer hochindustrialisierten arbeitsteiligen Gesellschaft jede einzelne Frage einen solchen Komplex von Sachkenntnissen voraussetzt,

daß überhaupt kein Mensch in der Lage ist, allein sachgemäße Entscheidungen zu treffen. Das gilt im politischen und im wirtschaftlichen, ja sogar im militärischen Bereich. In keinem dieser Sektoren sind die Probleme durch die Schaffung klarer Befehlsverhältnisse allein zu meistern. Es geht vielmehr darum, auf allen Ebenen leistungsfähige Arbeitsgruppen zusammenzustellen, die jeweils die Entscheidungen ihrer Ebene in einem gemeinsamen Denkvorgang zu treffen haben, dabei aber ihrerseits auf andere derartige Teams angewiesen sind. Je mehr eine solche Arbeitsgruppe die Mitverantwortung und die geistige Leistung jedes einzelnen ihrer Glieder aktiviert und je weniger ein solches Team lediglich Befehlsempfänger seines Spielführers ist, um so leistungskräftiger ist es. Das gilt sogar von der wissenschaftlichen Arbeit der heutigen Zeit. Die Differenzierung der Wissenschaft ist ja soweit gediehen, daß die einzelnen Fakultäten längst in eine solche Fülle von Spezialitäten aufgegliedert sind, daß keiner mehr die ganze Fragestellung seiner Fakultät übersieht. Außerdem hängt die Lösung der meisten großen Fragen mit Voraussetzungen zusammen, die einem anderen Fachgebiet angehören. Nur dort, wo der die wissenschaftliche Arbeit Leitende nicht nur versteht, selbst gründlich wissenschaftlich zu arbeiten, sondern eine Zusammenarbeit zu organisieren und dabei einen gemeinsamen Denkprozeß in Gang zu bringen, können große Ergebnisse erzielt werden. Wir leben eben nicht mehr im Goetheschen Zeitalter, in dem eine universale Genialität in der Lage war, das Ganze zusammenzuhalten.

### Die zentrale Funktion des einzelnen

An diesem Punkt liegt die grundsätzliche Überlegenheit einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, weil in ihr tatsächlich jeder einzelne nach seiner Überzeugung geistige und politische Beiträge leisten kann, ohne fürchten zu müssen, dabei Schaden zu leiden. Wenn man das ausspricht, wird freilich schon deutlich, daß die freiheitliche Gesellschaftsordnung ein Ideal darstellt, das in vielen Betrieben, Behörden, in vielen politischen, kulturellen, ja sogar christlichen Organisationen noch sehr unvollständig verwirklicht ist. Wir müssen deswegen aufpassen, daß nicht eines Tages der Osten geistige Arbeitsmethoden übernimmt, die wir zu unserem Schaden viel zu wenig entwickelt haben, obwohl sie dem Wesen unserer Gesellschaftsordnung entsprechen. Vielleicht wird der Osten in einem weiteren Abbau des Zentralismus und des Personenkults mehr und mehr der Erkenntnis Rechnung tragen, daß die Verflochtenheit der modernen Gesellschaft eine ungestörte Entfaltung gemeinsamer Denkvorgänge voraussetzt. Und es könnte auf der anderen Seite sein, daß wir im Westen es versäumen, diejenigen Formen des Zusammenlebens und der Kommunikation zu kultivieren, ohne die ein Funktionieren des komplizierten Zusammenspiels eines demokratischen Industriestaates gar nicht möglich ist.

Dietrich von Oppen hat in seinem Buch „Das personale Zeitalter“ überzeugend nachgewiesen, daß im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution ganz andere Führungsmethoden erforderlich sind als im Zeitalter des Frühkapitalismus. Die damals übliche Reihendarbeit erforderte einen Taktmeister und einen ideenreichen und machtvollen Direktor an der Spitze. Heute ist bis hinunter in den Betrieb jeder einzelne ein Verantwortungsträger für einen begrenzten, bestimmten Teilbereich des Betriebsgeschehens. In einer Textilfabrik ist eine Arbeiterin für einen ganzen Saal von Maschinen verantwortlich, die automatisch laufen. Es werden darum zwar von übergeordneten Führungsgruppen Aufgaben gestellt. Diese können aber nicht einfach in Form eines Befehls, sondern nur durch Erklärung der Sachzusammenhänge weitergegeben werden.

In dieser Erkenntnis liegt auch die Tatsache begründet, daß im militärischen Bereich nicht diejenigen die Romantiker sind, die für den „Bürger in Uniform“ eintreten, sondern die anderen, die meinen, man könne die Probleme in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts noch mit dem Führungsstil Friedrichs des Großen meistern. Jedes einzelne Mitglied einer Panzerbesatzung ist ein Verantwortungsträger, der seine höchste Leistungsfähigkeit gerade nicht durch den Drill, d. h. durch die Ausschaltung seines eigenen Denkvorgangs, erreicht, sondern durch die Entwicklung seiner ganz individuellen Entscheidungsfähigkeit. Der Chef einer Panzerbesatzung kann sich deswegen nicht mit dem blinden Gehorsam seiner Untergebenen begnügen. Er muß mit ihnen immer wieder in eine Diskussion eintreten, wie ein bestimmtes, diesem Panzer gestelltes Problem unter den gegebenen Bedingungen zu lösen ist. Jeder, der auf militärischem, politischem, wirtschaftlichem oder wissenschaftlichem Gebiet darum heute die „Demokratie“ vertritt, ist ganz einfach rückständig. Er kann zwar durch eigene Genialität vielleicht manches ausgleichen. Er wird aber seine Arbeitsgruppe, die er zu führen hat, nie zu der Höchstleistung zu bringen vermögen, die von ihr erwartet wird. Natürlich ist das noch viel weniger von denen zu erwarten, die überhaupt nicht in der Lage sind, eine Gruppe zu einem gemeinsamen Willen und Denken zusammenzuschweißen. Sicher ist jedoch, daß die Ermutigung aller Mitarbeiter, mutig und notfalls mit Härte ihre Einsichten bei gemeinsamen Beratungen zu vertreten, in einer differenzierten Massengesellschaft immer unentbehrlicher für das gemeinsame Handeln wird.

### Beteiligung des einzelnen an Entscheidungen

Mit alledem soll freilich nicht gesagt werden, daß man in dieser Welt jemals auf die Ordnung der Macht- und Befehlsverhältnisse verzichten könne. Eine solche Hoffnung wäre reine Schwärmerei. Weder die Einsicht, noch der gute Wille werden in irgend einem Bereich des weltlichen Lebens jemals so groß sein, daß man alle Entscheidungen unter den Beteiligten gemeinsam fassen könnte. Es kann sich niemals darum handeln, daß in einer Behörde zum Beispiel die Anweisungen des Behördenleiters nur dann als demokratisch legitimierte Entscheidungen anzuerkennen sind, wenn jeder Amtsgehilfe an dieser Entscheidung mitgewirkt hat. Aber auf allen Ebenen — von der Mitarbeiterschaft aus der Werkstatt bis hinauf zum Chef und von einer kleinen Arbeitsgruppe einer Behörde bis hinauf zur Regierung — wird im Lauf der Zeit jeweils auf der Ebene, auf der der einzelne arbeitet, ein ge-

meinsames Nachdenken darüber zustandekommen müssen, wie die Aufgaben, die der betreffenden Arbeitsgruppe gestellt sind, in der gemeinsamen Arbeit gelöst werden können. Es ist schon so, daß nur diejenigen Fabrikmeister auf der Höhe der Zeit stehen, die mit ihren Arbeitern besprechen können, wie man mit dieser oder jener Arbeit fertig wird, die die Betriebsleitung der Arbeitsgruppe übertragen hat. Das heißt nicht, daß der Meister nicht mit Befehlsgewalt und mit Disziplinarrecht auszustatten ist. Es heißt aber, daß er desto besser arbeitet, je weniger er davon Gebrauch machen wird und je mehr er im echten Sinne eine gemeinsame Willensbildung in seiner Arbeitsgruppe erreicht.

### Mangel des Bildungswesens

Ein solcher Arbeitsstil müßte freilich, wenn er in der beruflichen und politischen Welt sich durchsetzen sollte, schon in der Schulausbildung angelegt werden, wie das in Amerika weithin der Fall ist. An dieser Stelle sitzt im Augenblick einer der wichtigsten Mängel unseres gesamten Bildungswesens. Es soll zwar unbestritten bleiben, daß in der Schule handfest etwas gelernt werden muß. Es ließen sich aber viele Stoffgebiete, die heute einseitig im Lehrvortrag mit anschließendem Lernvorgang der Schüler eingepreßt werden, auch in kooperativen Arbeitsvorgängen bewältigen. Man muß ernstlich fragen, ob das Ziel der Stoffbewältigung in unseren Schulen nicht zu sehr im Vordergrund steht und die Aufgabe, den Schüler dadurch fähig zu machen, daß er sich später selbständig und mit anderen zusammen Wissen aneignet und Urteile fällen kann, nicht in ausreichender und zeitgemäßer Weise erfüllt wird. Es erscheint als sicher, daß heute ein außergewöhnlich großer Unterschied klafft zwischen dem, was für einen Menschen notwendig ist, um sich in der Schule zu bewähren, und dem, was er tatsächlich im Leben braucht. Das ist auch auf den meisten Gebieten der Berufsausbildung der Fall. Man behauptet zwar, daß jeder Lehrling den Marschallstab bzw. den Füllfederhalter des Generaldirektors im Tournister trage. Aber das, was er für eine führende Stellung braucht, wird ihm weithin nicht einmal im Hochschulstudium vermittelt, auch nicht, soweit es tatsächlich lehrbar ist. Das Studium generale ist ja nichts anderes als ein großes Zeichen der Hilflosigkeit, mit der die Universität dieser Aufgabe gegenübersteht; denn diese sogenannten allgemeinbildenden Fächer werden keineswegs dem Studenten in einer Weise erschlossen, die zugleich seine Fähigkeit fördern, in überlegener Weise zu führen. Wahrscheinlich wäre das möglich, wenn solche allgemeinbildenden Maßnahmen mehr Gemeinschaftsbezogenheit hätten. Sie dürften z. B. nicht nur in Vorlesungen aus fremden Fachgebieten bestehen, sondern müßten das interfakultative Gespräch pflegen. Nur so könnten sie dem einzelnen Studenten die Fähigkeit vermitteln, in einer Gruppe verschiedener Geister kooperativ zu arbeiten und eine solche Kooperation zu leiten.

In Deutschland haben bisher nur wenige erkannt, daß die Kunst der Leitung eines gemeinsamen Denkprozesses lehrbar und lernbar ist. Dort, wo in Universitätsseminaren oder in Schulklassen das Mitdenken der Schüler aktiviert wird, ist das in den allermeisten Fällen noch längst nicht eine echte Diskussion, die Entwicklung kooperativer Denkvorgänge. Weithin sind sich noch nicht einmal die Pädagogen über den Unterschied klar zwischen einer katechetischen Unterrichtsarbeit und einer echten Diskussion, obwohl beide Stilformen

der gemeinsamen Arbeit geradezu gegenteilige Methoden darstellen. Schon der Mangel an geeigneter Literatur in Deutschland zeigt, daß bis jetzt die Pädagogik auf dieses Gebiet noch kaum aufmerksam geworden ist und es keinesfalls gründlich methodisch durchdacht hat.

In Amerika gibt es ganze Bibliotheken über die Diskussionskunst. In Deutschland braucht man noch nicht einmal ein Kilopäckchen zu verschicken, wenn man alles, was auf diesem Gebiet an Bemerkenswertem erschienen ist, zusammenpacken will. Es muß aber auf diesem Gebiet viel gründlicher gearbeitet werden, wenn man mehr als bisher die Erkenntnis verwirklichen will, daß die Diskussion eine grundlegende Lebensäußerung der Demokratie überhaupt ist. Auf alle Fälle ist die Vermittlung der Fähigkeit, kooperative Denkvorgänge und Entscheidungen zu vollziehen, die wichtigste Aufgabe der politischen Bildung. Die bloße Vermittlung von geschichtlichen oder verfassungsrechtlichen Kenntnissen erzielt noch in keiner Weise Demokraten.

### Erfordernisse der Gegenwart

Trotzdem müssen wir uns jetzt überlegen, ob wir nicht auch heute schon, ehe eine ganze Generation eine neue gesellschaftliche Erziehung genossen hat, in der Lage wären, die Diskussion in stärkerem Maße als bisher in das politische Leben als Arbeitsstil einzuführen. Bundestagspräsident Gerstenmaier hat in diese Richtung gehende Experimente im Bundestag tatkräftig unterstützt. Sicherlich wird auch in vielen Bundestagsausschüssen in einer vorbildlichen Weise gemeinsam um Lösungen gerungen. Unsere Hauptmängel auf diesem Gebiet liegen deswegen wahrscheinlich nicht in den Einrichtungen der parlamentarischen Spitze, sondern im Zusammenspiel der übrigen Gruppen des Volkes, die das politische Leben tragen.

Man fragt sich z. B., ob es in der letzten Legislaturperiode nötig war, daß die mit viel Sachkunde vorbereitete Reform der Krankenversicherung in so kläglicher Weise gescheitert ist. Wäre es nicht möglich gewesen, die Beschlußfassung über dieses Gesetzeswerk gründlicher durch vorparlamentarische Gespräche vorzubereiten und damit wenigstens einen Teil des in dieser Frage liegenden Zündstoffes beiseitezuschaffen? Hat man es den Gruppen, die in dieser Frage uneinsichtig sein wollten, nicht zu leicht gemacht, dieses Gesetzeswerk zu sabotieren? Sind nicht auch manche Gesichtspunkte, die dabei auftauchen, vor allem solche, die auf der psychologischen Seite liegen, weniger als es möglich war, beachtet worden? Man muß m. E. die heute oft wiederholte Behauptung bezweifeln, daß die Regierung in dieser Frage in erster Linie den Fehler gemacht hätte, nicht genügend Mut zu unpopulären Entscheidungen entwickelt zu haben. Solcher Mut kann im Wahljahr auch dem Mut eines Selbstmörders gleichen. Man sollte m. E. mehr fragen, ob die Regierung in dieser Frage nicht zu sehr mit obrigkeitsstaatlichen Entscheidungsmethoden vorgehen wollte und dabei angesichts des Wahljahres auf der Strecke geblieben ist.

Man kann in diesem Zusammenhang auch eine kritische Frage an das gegenwärtige Spiel der Wahlkämpfe richten. Wahlkämpfe sind der Zeitpunkt, an dem die Bürger in besonderer Weise in ein gemeinsames Nachdenken über die großen Entscheidungsfragen unseres Volkes hereingenommen werden. Man kann schwerlich behaupten, daß dies heute schon allgemein in einer Weise geschieht, die den Bürger Vertrauen

in die kooperative Denkfähigkeit der politischen Leitungsorgane fassen läßt. Obwohl jeder Einsichtige weiß, daß heute die Unterschiede zwischen den politischen Parteien keineswegs absolute Gegensätze, sondern nur noch relative Unterschiede darstellen, versucht man, dem Bürger gegenüber diese Unterschiede zu weltumstürzenden Fundamentalfragen aufzublasen. Ja, nicht selten wird offenkundig der Diskussion aus dem Wege gegangen aus der Befürchtung, man könne dadurch in den Augen des Wählers an Profil verlieren. In Wirklichkeit werden dabei beim Wähler weithin nur Mißverständnisse wachgerufen. Nicht selten wird er gerade dadurch verstimmt. Die SPD möchte in den Augen des Arbeiters nicht an sozialem Profil verlieren, obwohl sie längst zugeben mußte, daß die Wirtschaftspolitik der CDU dem Arbeiter in den letzten 10 Jahren mehr einbrachte, als es das Wirtschaftskonzept vermocht hätte, das sie damals selbst vertreten hat. Die CDU möchte ihren Wählern möglichst wenig in öffentlichen Diskussionen zum Bewußtsein gebracht wissen, daß auf weltanschaulichem, außenpolitischem und wirtschaftsideologischem Gebiet zwischen ihr und der SPD keineswegs mehr so grundlegende Unterschiede bestehen wie in der klassischen Zeit des Marxismus. Aber das hat doch der Wähler längst auch gemerkt, und es wäre gut für ihn, wenn er von seiner Partei mehr den Eindruck gewinnen würde, daß sie überall dort, wo es möglich ist, auch mit dem politischen Gegner kooperiert. Alle Unterschiede im politischen Leben haben nur relativen Charakter, aber gerade diese Unterschiede sind wesentlich. Vor allem die Wähler einer christlichen Partei erwarten, daß ihre Partei keine bloße Schwarz-Weiß-Malerei betreibt. Das würde nur zu Mißverständnissen über ihre eigene Politik führen.

Man erinnere nur an die unbegründeten Vorwürfe gegen die CDU, sie predige zum Kreuzzug gegen den Kommunismus oder gar gegen die Oppositionsparteien der Bundesrepublik. Die CDU kann gegen diese Vorwürfe mit Recht darauf hinweisen, daß ihre Politik der Wiederbewaffnung nie mit solchen Zielsetzungen verbunden war. Trotzdem muß man fragen, ob sie es nicht denen, die solche Behauptungen aufstellen wollten, gar zu leicht gemacht hat. Vor allem der jugendliche Wähler wird leicht an seiner eigenen Partei irre, weil er in seiner natürlichen Neigung, einmal die andere Seite kennenzulernen, zu dem Ergebnis kommt: die sind ja gar nicht so verblendet, uneinsichtig oder gottlos, wie man mir gesagt hat; die sind ja viel vernünftiger als ich dachte. Damit hat der Gegner schon eine entscheidende Runde gewonnen. Würde jede Verteufelung des Gegners, selbst die des Kommunisten, prinzipiell vermieden, dann würde der Wähler viel deutlicher auf die eigentlichen Unterschiede hingewiesen, und es würde — vor allem im evangelischen Lager — denen der Boden entzogen, die den Beruf der politischen Mohrenwäsche aus pathologischer Manier betreiben. Wer den politischen Gegner zum Mohren macht, mit dem eine politische Zusammenarbeit praktisch unmöglich sei, darf sich nicht wundern, daß andere meinen, der Gerechtigkeit und der Wahrheit zu dienen, wenn sie die in Wirklichkeit graue Farbe des zum Mohren Erklärten für weiß deklarieren.

Man sollte darum — so meinen wir — im politischen Leben die Angst vor der Diskussion noch viel mehr abbauen als es schon bisher geschehen ist. Man sollte sich auch bemühen, das politische Leben interessanter zu machen als es dort ist, wo nur Monologe zum Fenster hinaus gehalten werden. Man sollte vor allem dem ganzen Volk ein Mißtrauen vermitteln

gegenüber all denjenigen Politikern, die ihre Politik nicht zur Diskussion zu stellen bereit sind. An diesem Mißtrauen hat es im ausgehenden Weimarer Staat gefehlt. Es ist noch nicht sicher, ob es heute für eine etwaige Krisenzeit stark genug ist.

### **Diskutieren muß gelehrt werden**

Bei alledem soll allerdings zugegeben werden, daß es im politischen Leben immer einen letzten Rest von politischen Tatbeständen gibt, die der Diskussion entzogen sind. Auch ist ein Teil der Wählermassen so stumpf, daß sie durch sachliche Diskussion eher verwirrt als zur Klarheit geführt werden können. Darum wird in den letzten Wochen vor einer Wahl, in der es darum geht, die politisch Urteilslosen und Unentschlossenen zu gewinnen, immer die Methode der Massenpropaganda eine wesentliche Rolle spielen. Um so wichtiger ist es aber, in der übrigen Zeit diejenigen, deren politische Überzeugungen sich von langer Hand bilden, möglichst weitgehend in eine politische Diskussion einzubeziehen. Das kann in der bewährten Form der Podiumdiskussion vor dem Fernsehschirm oder sonstwie in der Öffentlichkeit geschehen. Es sollte aber vor allem ständig in Jugend- und Studentengruppen, in Gemeindeabenden und Volkshochschulveranstaltungen

und wo immer es sonst möglich ist, einen möglichst großen Kreis von Gliedern unseres Volkes zu echten Gesprächspartnern machen. Wo eine methodisch erfahrene Gesprächsleitung vorhanden ist, kann dadurch viel Freude an unserer Staatsform und auch an jeder ein echtes Gespräch pflegenden politischen Gruppe erweckt werden. Natürlich kann auch das Gegenteil passieren, nämlich dort, wo es eine unfähige Diskussionsleitung zuläßt, daß in der Diskussion die Dinge zerredet statt vertieft werden. Leute, die von Diskussionsleitung nichts verstehen, meinen häufig sogar, das sei in der Regel so, und es liege an der Gruppe, statt an ihrer Leitung. Es liegt aber nahezu nur an der Leitung. Und darum kann zum Schluß nur noch einmal darauf hingewiesen werden, daß das wichtigste ist, in jeder gesellschaftlichen Gruppe unseres Volkes systematisch die Fähigkeit zur Leitung von Diskussionen zu entwickeln. Dazu müßte jede gesellschaftliche und vor allem jede politische Gruppe Schulungskurse für Diskussionsleitungen durchführen. Es wäre zu wünschen, daß derartige Kurse von allen Trägern der Erwachsenenbildung systematisch durchgeführt und zu einem Bestandteil jedes politischen Bildungsprogramms gemacht würden. Wahrscheinlich hängt am Erfolg derartiger Bildungsbemühungen für unser gemeinsames Schicksal mehr als die meisten ahnen.

**Wilhelm Hahn**

## **Kritik und Dienst als Grundkräfte demokratischer Ordnung**

Es wird heute wohl kaum einen denkenden Menschen geben, der sich der Einsicht verschließt, daß sich die Wiedervereinigung im Augenblick nicht erreichen läßt. Aber wir sollten darüber nicht vergessen, daß es in der Geschichte keine endgültigen Lösungen gibt, solange ein großes Volk nicht aufgibt. Die Geschichte ist stets in Bewegung und birgt in sich unvorhersehbare, plötzliche Chancen, die ergriffen werden wollen. Da kommt es darauf an, daß ein Volk da ist, diese Chancen zu ergreifen und sein Schicksal zu wenden. Wer vorher die Segel streicht oder nicht bereit ist, fällt als gestaltender Faktor im Kraftfeld der Geschichte aus.

Damit liegt auch die entscheidende Voraussetzung der Wiedervereinigung bei uns im westlichen Deutschland: Der Staat, den wir uns bauen, und die gesellschaftliche Ordnung, die wir verwirklichen, sind nicht, wie viele uns einreden wollen, ein Provisorium, auf das es letztlich nicht ankommt. Dieser Staat und diese gesellschaftliche Ordnung sind vielmehr das Fundament für das wiedervereinigte Deutschland. Ein schwacher Staat, in dem keine soziale Gerechtigkeit herrscht und der politisch zerrissen von seinen eigenen Bürgern nicht gestützt wird, wäre weder ein Deich gegen die kommunistische Flut noch ein Anreiz für die Menschen in der SBZ, sich mit uns zu vereinigen. Deshalb muß unser Staat ein kraftvoller Rechtsstaat und unsere Gesellschaft ein verantwortliches Miteinander der Bürger sein; anders werden wir in der Zukunft nicht bestehen und auch für die Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs überzeugend und anziehend wirken können.

Ob dies gegeben ist, hängt weniger von dieser oder jener Verfassungsbestimmung, von einem mehr föderalistischen oder

zentralistischen Staatsaufbau oder selbst von einem etwas höheren oder geringeren Lebensstandard ab, als von dem Vorhandensein eines wirklich demokratischen Volkes. Es hängt ab von Menschen oben und unten in der gesellschaftlichen Pyramide, die die demokratische Ordnung als Lebensstil voll bejahen und damit den Staat, auch wenn er nicht ideal ist und sein politisches Leben erhebliche Schatten aufweist, mittragen und mitgestalten. Ein solches demokratisches Volk ist ein Hort der Freiheit und eine unübersehbare politische Potenz; denn es wird die Kraft haben, Staat und Gesellschaft der jeweiligen Entwicklung anzupassen und den Erfordernissen der Zeit gerecht zu werden. Zwei Eigenschaften muß ein solches Staatsvolk aufweisen, mit denen wir uns heute besonders beschäftigen wollen. Es muß die Fähigkeit zu gesunder, begründeter Kritik haben und unmittelbar damit verbunden den selbstverständlichen Willen zum Dienst am Ganzen. Beides ist bei uns heute nicht selbstverständlich. Hier ist die schwache Stelle, die wir zwar oft nicht erkennen, die aber das weitverbreitete Unbehagen an unserer politischen Wirklichkeit hervorruft.

### **Grundlagen der Demokratie**

Wo immer in originärer Weise Demokratie geworden ist und sie nicht nur von außen übernommen wurde, entstand sie in Auseinandersetzung mit einer nichtfreiheitlichen Ordnung, sei es einer Monarchie oder einem totalen Staat. Dabei waren es drei Einwände, die gegen die autoritäre Ordnung erhoben wurden:

1. Sie lasse dem einzelnen Menschen nicht die volle Freiheit zur Entfaltung der Persönlichkeit. 2. Sie monopolisiere die

Macht im Staat in den Händen weniger, die sie unkontrolliert über die Mehrheit der Bürger ausüben, und 3. sie hindere die große Mehrheit der Bürger daran, durch mitverantwortlichen Dienst an dem Aufbau und der Lenkung des gemeinsamen Staatswesens bestimmend teilzunehmen.

Betrachten wir diese drei Grundmotive näher, so zeigt sich ein Menschenverständnis, wie es uns erstmals im antiken Griechenland begegnet: Der Mensch ist freie Person, die unveräußerliche Rechte hat und sie bewahren muß. Aber gerade so ist der Mensch Bürger, verantwortliches Glied der Polis, d. h. des Staates und der Gesellschaft. Die Verwirklichung seines Wesens und die Erfüllung seiner Aufgabe liegt in der Polarität von persönlicher Freiheit und mitverantwortlichem Dienst am Ganzen. Beide Pole, der Begriff der Freiheit und der des Dienstes haben vom christlichen Glauben her eine außerordentliche Vertiefung und neue Motive erhalten.

### Freiheit und Dienst

Aber auch eine Demokratie braucht eine Verteilung und Abufung der Aufgaben und Vollmachten. Denn in einem großen Staat kann nicht jeder Bürger in gleicher Weise die Staatsführung bestimmen. So wählt der Bürger seine Repräsentanten, die ihrerseits wieder wenigen Geeigneten unter bestimmten Bedingungen und für eine begrenzte Zeit die Exekutive übertragen. Wieder sind es die beiden Grundkräfte Dienst und Kritik, auf denen diese Ordnung ruht. Der Wille zum Dienst am Ganzen muß alle Bürger erfüllen und ermöglicht je nach ihrer Befähigung in der Skala der notwendigen, aber unterschiedlichen Dienste ihren Einsatz. Je weiter sich der Verantwortungsbereich eines Dienstes spannt, um so mehr Macht überträgt er. Diese Macht aber enthält die Versuchung zum Mißbrauch. Deshalb sind alle Bürger wie zum gemeinsamen Dienst auch zur Bildung ihres politischen Urteils und damit zur Kritik der Machtausübung gerufen. Die Demokratie denkt nicht daran, die Macht als solche zu ächten, sie will sie aber kontrollieren, um sie in bestmöglicher Weise für die gerechte Ordnung und Freiheit des Ganzen und für das Recht des einzelnen einzusetzen. Um das zu ermöglichen, muß sich der politische Prozeß mit seinen Auseinandersetzungen vor der Öffentlichkeit abspielen und sich so der Kritik preisgeben. Die Öffentlichkeit und der einzelne Bürger haben kritisch zu prüfen, ob sie ihren Repräsentanten in der Machtposition ihr Mandat weiter erteilen können. Solche kritische Prüfung ist ebenso wie der Wille zum Dienst Grundelement demokratischer Ordnung.

Nur eine Ordnung, in der sich beides entspricht, ja die Waage hält, kann auf die Dauer als demokratische bestehen. Hier aber scheint das besondere Problem der neueren deutschen Geschichte zu liegen. Eine solche Ausgewogenheit zwischen Dienst und Kritik, wie sie andere Völker kennen, ist bei uns schwer erreichbar. Dem Übermaß des einen entspricht oft der Schwund des anderen. Entweder überlassen wir uns unkritisch einer autoritären Führung, der wir bis zum bitteren Ende Dienst leisten, oder wir entziehen einer demokratischen Regierung den Boden des Vertrauens, indem wir alles und jedes verdächtigen und kritisieren, wodurch der Wille zum Dienst am Ganzen erstickt. Daß Kritik und Dienst sich beide gleicher Weise entfalten, sich zugleich die Waage halten und sich gegenseitig kontrollieren, — das ist eine der Lebensfragen unseres Volkes und seiner Demokratie, insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem militanten Kommunismus.

### Kritik als Dienst

Kritik ist ein unentbehrliches und notwendiges Element demokratischer Ordnung. Das sollte von niemanden mehr bestritten werden. Rechte Kritik ist der Ausdruck des Mitdenkens. Sie ist nur sinnvoll, wenn man sich die Mühe macht, die Sachverhalte in ihrer ganzen Tiefe und Schwere zu erforschen und die Konsequenzen zu durchdenken. Gerade so vermag die Kritik den zum Handeln Berufenen zu helfen, indem sie ihnen zeigt, wo ihre Entscheidungen unbedacht und unverantwortlich sind. Eine auf sachlichem und kritischem Mitdenken beruhende Opposition ist für die Demokratie ebenso wichtig wie die Regierung. Sie ist deshalb so fruchtbar, weil sie in der Bereitschaft geschieht, falls die Regierung versagt und von der Wählerschaft abberufen wird, selbst aus der Kritik in die Verantwortung und somit in den Dienst hineinzugehen. Die Kritik der Opposition kann in der Demokratie nicht scharf genug sein, solange sie mit der Bereitschaft zur Verwirklichung ihrer Kritik bei Übernahme der Verantwortung verbunden ist. Sie wird aber unfruchtbar, wenn sie nicht um der Sache willen und also nicht als Dienst am Ganzen geschieht, sondern um den politischen Gegner zu diskreditieren.

Hier liegt die große Verantwortung der Presse in der Demokratie. Ihre Aufgabe ist die Information der Öffentlichkeit und deren Erziehung zu einem kritischen Urteil. Umgekehrt wird der Journalist sich auch zum Sprachrohr der Öffentlichkeit gegenüber der Regierung machen, um die Verantwortlichen in ihren Entschlüssen zu bestärken oder aber zu warnen und zu kritisieren. Die Bedeutung der Presse für die Stellung eines Volkes zu seinem Staat kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Allerdings sollten wir auch nicht die Gefahren der Kritik übersehen, die gerade in der Demokratie durch das grundsätzliche Mißtrauen gegen die Machträger einen sehr fruchtbaren Boden finden kann. Es ist sehr viel leichter und unter Umständen auch einträglicher, die Verantwortlichen zu kritisieren, als konstruktiv zur Lösung großer politischer Probleme beizutragen und die Öffentlichkeit zu einem unbestechlichen Wahrheitssinn und politischem Realismus zu erziehen. Falsche Kritik kann das politische Urteil verderben und zum Pharisäismus erziehen.

### Das Unbehagen an der Demokratie

Es gibt bei uns — wie erwähnt — ein Unbehagen gegenüber der Demokratie. Dies wendet sich nicht grundsätzlich gegen die demokratische Staatsform. Im Gegenteil, diejenigen, die ihrem Unbehagen öffentlich Ausdruck geben, erklären gerade diese Staatsform und die freie demokratische Gesellschaft schützen zu wollen. Aber dieses Unbehagen erzeugt dennoch ein tiefgreifendes Ressentiment gegen unseren Staat und unser politisches Leben. Ursachen für solches Unbehagen gibt es in großer Zahl. Da sind Äußerungen und Handlungen verantwortlicher Politiker, die in ihrer politischen Konsequenz fragwürdig sind. Es besteht das Recht, von dem auch reichlich Gebrauch gemacht wird, seine abweichende Meinung zu äußern und den Verantwortlichen ihr Versagen nachzuweisen. So entsteht leicht der Eindruck, die Repräsentanten demokratischer Staaten seien nur wenig für die ihnen zufallende Aufgabe geeignet, während die jeder Kritik entzogenen Diktatoren scheinbar makellos dastehen. — Da wird das Versagen und die Anfälligkeit für Bestechungen bei hohen Verwaltungsbeamten vor den Augen der Öffentlichkeit ausgebreitet. Nur

zu leicht  
Sympto  
werden  
tunge Pu  
nach de  
klagten  
essieren  
Die Pre  
mations

Solche  
Enttäus  
kommer  
tung in  
dem Sta

### Gründe

Aber w  
berechti  
Denn ei  
zugleich  
die Fäh  
Grundk  
Eine fall  
wenn w  
gleichlic  
als das  
Wirtscha  
deuten,  
auszusch  
privater  
erwarte  
Zeitgen  
schen A  
Formen  
Politisch  
den oft  
menschli  
ders sein

Worauf  
Rahmen  
Demokr  
haftet si  
beauftra  
des Gan

All die  
lichen L  
unseren  
erschütte  
die Dem  
Mensche  
Allerdin  
Verfehle  
greifend  
die Kne  
schen St  
Meinung  
wortliche  
denn sie  
Demokra  
Öffentlic

viel zu wenige sich bereit finden, pflegerische Aufgaben zu übernehmen, so droht unsere Gesellschaft an der Unausgewogenheit von materiellem Aufstiegswillen auf der einen Seite und dem Fehlen der Hingabe und des Dienstes auf der anderen ausgehöhlt zu werden.

### **Wohlstand als Aufgabe**

Die jüngste Geschichte unseres Volkes ist durch zwei sehr unterschiedliche Ereignisse gekennzeichnet. Auf der einen Seite stehen die Schuld, die wir durch die verbrecherische Politik des Nationalsozialismus vor dem Forum unserer Geschichte und vor den Augen der Welt auf uns geladen haben und der daraus folgende Zusammenbruch unseres politischen und nationalen Lebens; auf der anderen Seite steht der spektakuläre politische und wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik, der sich in wenigen Jahren vollzog. Wir gehören wieder zu den Nationen der Welt, deren Lebensstandard hoch ist und die über große materielle Möglichkeiten verfügen. Es erhebt sich aber gerade in einer Stunde, in der das weitere Anwachsen unseres materiellen Wohlstandes nicht mehr gesichert ist, die Frage: Erkennen wir, daß in unserem Wohlstand eine große Möglichkeit und Verpflichtung liegt? Gewiß, wir können und sollen versuchen, unseren wirtschaftlichen Erfolg weiter zu steigern. Wir sollten uns auch bemühen, wirklich alle Schichten unseres Volkes am Gewinn zu beteiligen. Aber vergessen wir nicht über dem Bestreben, uns und unserer Gruppe ein möglichst großes Stück vom Kuchen abzuschneiden, daß es viele bitterarme und hungernde Völker gibt? Sehen wir, daß diese Völker ohne unsere geistige, menschliche und materielle Hilfe der Verzweiflung und dem Kommunismus in die Arme getrieben werden? Erkennen wir, daß uns unser Reichtum nicht nur für uns selbst und unsere Bedürfnisse gegeben ist, sondern zugleich zu einem Dienst an den bisher zu kurz gekommenen Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas? Diese Fragen machen deutlich, welche eine immense Aufgabe mit großen Zukunftsperspektiven vor uns liegt, denn jene Völker warten auf uns. Werden wir in der ehrlichen Bereitschaft zu dienen und nicht zu herrschen den Weg zu jenen Völkern finden? Die Kritik, die neuerdings oft an unserer Hilfe für die Entwicklungsländer geübt wird, ist nicht nur eine große Kurzsichtigkeit, sie ist ein sehr ernstes Symptom fehlender Verantwortung und Dienstbereitschaft.

Es liegt eine ernste Bedrohung für uns in der Tatsache, daß es den totalitären Regimen des Nationalsozialismus und des Kommunismus gelungen ist, mit Hilfe ihrer Ideologie und Propaganda Menschen zu Diensten und Opfern anzustacheln, während wir in der freien Welt nur auf unseren eigenen Weg blicken, allzusehr auf unseren persönlichen Vorteil bedacht sind und Dienste und Opfer als etwas Undiskutables beiseiteschieben. Die Demokratie ist aber mehr als andere Staatsformen darin gefährdet, durch das Nebeneinander zentrifugaler Kräfte auseinandergesprengt zu werden. Sie bedarf mehr als jede andere Staatsform des Dienstes am Ganzen und des Einsatzes für die Sache der Freiheit und Gerechtigkeit überall in der Welt.

### **Kritik ist auch Selbstkritik**

Es wäre falsch, die Kritik in unserem demokratischen Staat einzudämmen, denn wir würden ihn dadurch einer seiner Grundkräfte berauben. Aber unsere Kritik sollte sachlicher

werden und zugleich radikaler, nämlich kritischer gegen sich selbst. Sie sollte da ansetzen, wo die tiefsten Mängel unserer Gesellschaft sichtbar werden. Es wird sich dann sehr bald zeigen, daß es sich nicht nur um Mängel unserer Verfassung und Organisation oder vielleicht auch dieser oder jener Politiker handelt, sondern um unser eigenes Versagen vor dem Ruf zur Verantwortung. Solches Versagen findet sich nicht nur bei einzelnen, vielmehr werden wir nach ernsthafter Prüfung zugeben, daß es eine allgemeine Erscheinung ist. Man kann sich nämlich auch durch Kritik an anderen vor der eigenen Verantwortung und vor dem Blick auf die eigene wahre Lage abdecken. Daß der Wille zur Verantwortung für das Ganze in unserer Öffentlichkeit und in vielen einzelnen wieder eine Macht wird, das ist die Voraussetzung für ein zukunftsstarkes Staatswesen, das auch beweglich genug ist, um im Falle einer großen geschichtlichen Veränderung die SBZ sich einzugliedern.

Im Februar dieses Jahres, anlässlich der großen Flutkatastrophe in Hamburg, berichteten unsere Zeitungen von einem symptomatischen Ereignis. Tausende von Neugierigen waren mit ihren Autos an das Flutgebiet herangefahren, um das Schauspiel der strömenden Wassermassen anzuschauen. Ihre Fahrzeuge verstopften einerseits die Straßen, auf denen die Rettungskolonnen operierten. Andererseits weigerten sich viele Wagenbesitzer, auf Aufforderung Sandsäcke zum Abdichten der Deiche und Flutgeschädigte mitzunehmen. Es war ein Ausdruck mangelnden Dienstwillens! Auf der anderen Seite steht die ermutigende Erfahrung, daß sich viele Menschen, besonders Jugendliche, zum Rettungsdienst freiwillig meldeten oder aus eigener Initiative Rettungsaktionen unternahm. Besonders eindrücklich und symbolkräftig war der Dienst jener Bundeswehrkompanie, die als lebendige dreifache Mauer die einströmenden Wassermassen in einer Deichlücke aufzuhalten versuchte, um die Bewohner hinter dem Deich zu schützen.

Kritik und Dienst sind die Grundkräfte der Demokratie. Auf sie gilt es auch ein geeintes Deutschland aufzubauen. Wir können in dieser Stunde die Wiedervereinigung nicht unmittelbar erreichen. Wohl aber können wir an dem Fundament bauen, auf dem allein die Wiedervereinigung sinnvoll ist. Wir brauchen keine Mauer und Todesstreifen, um unseren Staat zu schützen. Wir brauchen keine Panzer und Maschinengewehre gegen die eigene Bevölkerung, sondern brauchen sie nur zur Abwehr möglicher Angriffe von außen, die unsere Freiheit zerstören wollen. Wir sind eine offene und freie Gesellschaft, die aber um so mehr von inneren geistigen Kräften lebt und leben muß. Diese gilt es zu entwickeln. Zu ihnen gehören sachliche Kritik und Bereitschaft zum Dienst am Ganzen, die nur da glaubwürdig sind, wo sie zu Taten führen und es sich auch was kosten lassen.

Die letzten Monate dürften uns klargemacht haben, daß unsere Freiheit nicht erhalten bleiben, die Unabhängigkeit Berlins verlorengehen und die Möglichkeit der Wiedervereinigung endgültig vorbei sein wird, wenn wir nicht selbst auf der Hut sind. So wenig wir ohne unsere Bundesgenossen vermögen, und so sehr wir auf ihre Festigkeit angewiesen sind, so wenig dürfen wir ein passives Objekt der Politik sein, ein Objekt, das seine Rettung von anderen erwartet. Die wichtigste Voraussetzung für unsere Freiheit und auch für die Wiedervereinigung ist das Heranreifen unseres Volkes zu bewußter demokratischer Mitverantwortung.

Eberhard Stammler

## Die Partei und der einzelne

Die eigenartige Abstinenz gegenüber dem Parteiwesen, die vor allem in bürgerlichen Kreisen zu beobachten ist, kommt nicht von ungefähr. Sie ist nicht nur durch die Erfahrungen des Dritten Reichs oder gar die politische Sterilität jener Schichten zu erklären, sondern sie hängt wohl aufs engste mit der Frage zusammen, welche Chance dem einzelnen in einem großen Parteiapparat offen bleibt. Gerade der anspruchsvollere Typ des bürgerlichen Menschen dürfte eine beträchtliche Scheu davor haben, sich in einen geschlossenen Marschblock einreihen zu lassen und damit seine Eigenständigkeit preiszugeben.

Nun wird allerdings keine Partei darauf verzichten können, ihre Mitglieder auf eine gewisse Marschroute zu verpflichten. Sie muß davon ausgehen, daß die Mitglieder durch ihren Beitritt einem vorgegebenen, programmatischen Grundschema ihre Zustimmung geben und daß sie darüber hinaus in den jeweils aktuellen Situationen die gebotene Loyalität respektieren. Da es zum Wesen einer Partei gehört, daß sie mit anderen im Wettbewerb und in der Auseinandersetzung steht, ist jedenfalls für ihr Außenverhältnis eine gewisse Geschlossenheit und die Bereitschaft zur Abgrenzung unerlässlich.

Es mag allerdings mitunter die Neigung bestehen, diese Geschlossenheit von der Spitze her zu forcieren und sie durch Diktat bis in die kleinste Zelle durchzusetzen. Diese Tendenz, die in allen Großapparaturen zu beobachten ist, würde aber ein Mitläufertum provozieren, das den einzelnen seiner Verantwortung enthebt und ihn seiner eigenen Entscheidungsfähigkeit beraubt. Nur dann könnte die CDU einer solchen Entwicklung zustimmen, wenn sie nichts anderes im Auge hätte, als eine Partei der Masse zu werden.

Eine Partei jedoch, die sich in ihren Grundthesen zum Prinzip der personalen Verantwortung bekennt, kann sich mit einer solchen Mitläufer-Ideologie nicht abfinden. Sie wird vielmehr gerade auf die Mitwirkung jenes Typs Anspruch erheben müssen, der die Bereitschaft zur eigenen Verantwortung mitbringt und der sich durch sein Mitdenken im inneren Entwicklungsprozeß der Partei engagiert. Ohne Frage ist damit ein mitunter reichlich unbequemes und schwerfällig wirkendes Verfahren einzukalkulieren, und häufig genug wird sich die Versuchung einstellen, diese unbequemen Kombattanten auszuschalten oder an den Rand zu spielen. Aber auch in einer Partei kann man nicht beides zugleich haben: die wohlfunktionierende Maschinerie und ein anspruchsvolles Niveau unter den Mitgliedern.

In diesem Zusammenhang ist wohl vor allem auch an die Schicht der typischen Protestanten zu denken, die gegen sich selbst den Anspruch erheben, in höchstmöglichem Maß aus eigener Verantwortung heraus zu leben, und die es sich schwer machen, einer jeweils opportunen Meinung beizustimmen. Sie wollen sich lieber überzeugen als überreden lassen, und sie möchten im wirklichen Dialog die Partner finden, an denen sie sich messen können. Zwar scheuen sie das Engagement allein auf große Parolen hin, aber sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, wenn sie einem einsichtigen Ziel dient. Sie neigen vielleicht eher zu kritischer Zurückhaltung, und doch warten viele von ihnen darauf, daß man sie irgendwo zu brauchen scheint. Gerade unter ihnen finden sich viele, die politisch heimatlos geblieben sind und die sich mit mehr als einem Trauma aus der Vergangenheit abzuquälen haben. Auch wenn sie noch so sehr zum Einzelgängertum neigen, stellen sie doch nach wie vor ein nicht zu unterschätzendes Potential unserer Gesellschaft dar.

Will man nun diese Schicht verantwortlich denkender Bürger in der Parteiarbeit engagieren, dann wird man auch einen gewissen Preis dafür zu zahlen haben. Er besteht in dem ehrlichen Angebot einer offenen Diskussion und einer partnerschaftlichen Verfahrensstruktur. Eine solche Konzeption würde zum Beispiel ausschließen, daß lediglich pragmatische und taktische Gesichtspunkte die jeweilige Parteilinie bestimmen (so legitim auch das pragmatische Denken auf dem politischen Feld ist) und daß Überzeugungen lediglich an ihrem taktischen Nutzwert gemessen werden. Eine solche Konzeption muß vielmehr voraussetzen, daß in einem großen Parteigebilde notwendigerweise Meinung gegen Meinung und Überzeugung gegen Überzeugung stehen kann, und sie hat diesen Tatbestand nicht nur mißmutig hinzunehmen, sondern ihn im Prinzip zu bejahen.

Dieses Ja ergibt sich notwendigerweise aus dem Wesen unserer heutigen Gesellschaft. Wenn ihre Struktur als pluralistisch gedeutet wird, dann gilt dieser Pluralismus auch für die Struktur der Großparteien. Auch sie haben es zu bejahen, daß in ihnen trotz der jeweils gemeinsamen Prämisse verschiedenartige Meinungsgruppen und Profile nebeneinander existieren und dieses Existenzrecht behaupten. Eine Partei jedenfalls, die sich selbst als maßgebliche Trägerin unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung versteht, wird nicht umhin können, in ihren eigenen Reihen dieses Prinzip zu praktizieren und damit als glaubwürdiges Modell für die übrige Gesellschaft zu gelten. Im Gefolge dieser Konzeption wird man auch der internen Gruppenbildung zustimmen müssen. Zum Wesen unserer Gesellschaft gehört ja auch die Einsicht, daß sie dem einzelnen allein nur wenig Chance bietet, sich durchzusetzen und seiner Meinung Geltung zu verschaffen. Er ist vielmehr darauf angewiesen, sich mit Gleichgesinnten zu einer profilierten Meinungsgruppe zu verbinden und die eigene Überzeugung zu „organisieren“. Wer im Spiel der geistigen und politischen Kräfte mitzuwirken wünscht, wird heute auf ein gewisses Mindestmaß von Organisation und Apparatur nicht verzichten können. Eine solche Zusammenordnung bietet im übrigen auch die Gewähr, daß schwierige Einzelgänger und schwärmerische Ideologen durch engere Gesprächskontakte vor fruchtlosem Querulantenentum bewahrt werden können. Die Gliederung von „Gruppen in der Gruppe“ bietet letzten Endes die einzig reale Chance, das breite Volumen einer großen Partei mit sinnvoller Dynamik zu durchdringen. Wenn sie ihre Mitglieder aus ihrer satten Lethargie oder aus ihrer

engstirnigen Kleinstadttaktik herausheben will, muß sie ihnen die Möglichkeit sinnvoller geistiger Auseinandersetzung anbieten und ihre Innenstruktur sachgemäß gliedern und profilieren. Damit leitet sie einen qualifizierten Denkprozeß ein, der ihren Standort und ihre Marschroute neu und beweglich bestimmen könnte.

An die leitenden Instanzen ist damit allerdings zugleich die Forderung gestellt, daß sie diesen Prozeß fair und mit Geschick zu lenken vermögen. Die Integration in kleinere Gruppen birgt immer die Gefahr in sich, daß es zur Desintegration in der großen Gruppe kommt. Darum ist eine solche Entwicklung auch der Prüfstein dafür, ob in der Partei

eine ausreichende „volonté generale“ lebendig ist und ob die bindende Kraft ihrer Grundidee stärker ist als die Tendenz der Isolierung.

Ohne Zweifel betritt die Partei einen Weg des Risikos, wenn sie sich bereit findet, in sich selbst Spannungen zu mobilisieren und auszuhalten. Aber dieses Risiko ist kein anderes, als es ohnehin im Bekenntnis zur freiheitlichen Gesellschaft enthalten ist. Man sollte meinen, daß diese Freiheit nirgendwo mehr gewagt werden müßte als in einer staatstragenden Partei, und es ist zu erwarten, daß sie damit ein ermutigendes Beispiel für die Mobilisierung staatsbürgerlicher Verantwortung gibt.

## Bernard von Brentano

### Die öffentliche Meinung aus der Sicht eines Schriftstellers

*Ein Kommandowort bewegt Armeen;  
das Wort Freiheit Nationen.*

*Novalis*

Eine sehr gute Bemerkung, die ich über das geheimnisvolle Phänomen gelesen habe, das man die öffentliche Meinung nennt, eigentlich die tiefste, die ich kenne, steht bei dem Historiker Leopold von Ranke. Man erlaube mir bitte, daß ich die Stelle zitiere. Sie lautet: „Nicht erst heutzutage hat die öffentliche Meinung Einfluß in der Welt bekommen: in allen Jahrhunderten des neueren Europa hat sie ein wichtiges Lebenselement ausgemacht. Wer möchte sagen, woher sie entspringt, wie sie sich bildet? Wir dürfen sie als das eigentümlichste Produkt unserer Gemeinschaftlichkeit betrachten, als den nächsten Ausdruck der inneren Bewegungen und Umwandlungen des allgemeinen Lebens. Aus geheimen Quellen steigt sie auf und nährt sie sich. Ohne vieler Gründe zu bedürfen, durch unwillkürliche Überzeugung bemächtigt sie sich der Geister.“

Das sind gute Worte, sie verbreiten Licht, und ich finde und bitte, das an dieser Stelle sagen zu dürfen, ich finde, mit unseren Schülern und Schülerinnen sollte schon auf der Schule über das geheimnisvolle Ding und Problem Öffentliche Meinung gesprochen werden. Was mich betrifft, in meiner Jugendzeit gab's das noch nicht. Ich muß gestehen, diese Großmacht habe ich erst im Ausland kennengelernt, aber dort habe ich sie dann auch richtig beobachten können, auf gründlichste.

In der berühmten Erklärung der Menschenrechte durch die Französische Revolution vom 3. September 1791 lautet ein Paragraph:

„Alle Menschen sind von Natur frei und unabhängig. Jede Regierungsgewalt gehört allein dem Volke, die Behörden sind weiter nichts als die Bevollmächtigten und Diener desselben und ihm zu jeder Zeit verantwortlich.“

Die Menschenrechte, oder wie es in der zitierten Erklärung heißt, die „ewigen, unveräußerlichen Rechte der Menschen aufgrund ihrer über der Tierwelt stehenden Natur“, sind

aber nun eine Folge jener Rechtsauffassung, die man das Naturrecht nennt. Im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert waren so gut wie alle großen deutschen Denker Vertreter der Naturrechtsschule. Ich nenne nur die Namen Pufendorf, Thomasius, Leibniz, Christian Wolff und Immanuel Kant. In England waren es Hobbes und Locke, in Holland Spinoza, in Frankreich Rousseau. Im neunzehnten Jahrhundert hat sich das geändert, man erlaube mir hinzuzufügen leider, und zwar in Deutschland. In Deutschland trat eine Sonderentwicklung ein.

Alexander Rüstow hat einmal auf diese Sonderentwicklung hingewiesen: „Im Gefolge der Romantik, und dann in sonderbarer Weise unterstützt durch materialistische, positivistische Strömungen ganz anderen Charakters, entwickelte sich in Deutschland seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts eine schroffe Absage an das Naturrecht, eine Absage, die mit Leidenschaft, mit Ressentiment, mit Haß geradezu vollzogen wurde, und die außerdem von der Einbildung getragen war, daß man nun erst die wahre Höhe wissenschaftlicher Einsicht und Objektivität erreicht hätte. Von dieser Höhe blickte man mit Verachtung auf die „überholten“ Naturrechtsvorstellungen herab.“

Dieser Historismus, dieser Traditionalismus, dieser Rechtspositivismus wurde für Deutschland so charakteristisch, daß Ernst Troeltsch noch am Beginn dieses Jahrhunderts darin geradezu den entscheidenden Unterschied zwischen deutscher und westlicher Geistigkeit sehen konnte.“  
Leider Gottes, füge ich hinzu.

Aber nun erhebe ich eine weitere Frage, eine Frage, die ich für sehr wichtig halte. Sie lautet: Kennen wir uns eigentlich? Wissen wir eigentlich, daß wir Deutschen schon im neunzehnten Jahrhundert antiwestlerische Einzelgänger gewesen sind? In den vielen, langen Jahren, die ich im Ausland gelebt habe, habe ich oft Vergleiche angestellt, denn für den denkenden Menschen sind Vergleiche, was für den Physiker Experimente sind, wenn ich mich also damit beschäftigte, Vergleiche anzustellen, dann habe ich mich immer wieder

gefragt: Wie sind wir eigentlich, und wo sind wir eigentlich? Wo ist in unserer Literatur der Mann und die Frau, die wir sind? Der Berliner Kaufmann? Der rheinische Industrielle? Der Arbeiter? Der Landwirt? Der Katholik deutscher Art, der sich so sehr unterscheidet von Katholiken anderer Länder?

Wenn mich ein junger Mann fragt: wie sind eigentlich die Franzosen?, dann kann ich ihm antworten: Hol dir einen Arm voll Bücher und lies ein paar Romane von Balzac, Stendhal, Flaubert und von Marcel Proust. In diesen Büchern kommen Franzosen vor, du kannst sie beobachten, du erfährst, wie unsere westlichen Nachbarn leben, wie sie denken, lieben, hassen, wie sie sich durchschlagen durch das schwierige Dickicht Leben. Dasselbe gilt auch für die englische Literatur, für die amerikanische und für die russische von Puschkin bis Gorki. Im Jahre 1930 kam ich das erste Mal nach Rußland, nach Moskau. Damals war Rußland seit dreizehn Jahren ein bolschewistisch regierter Staat, und ich habe nur so gestaunt, als ich sah, wie russisch die Russen geblieben waren, wie glänzend und genau ein Dichter wie Tolstoi seine Landsleute dargestellt hatte. Bei uns ist das anders. Sogar Goethe schildert in seinen Dramen und Romanen eher idealisierte Traumgestalten als seine Zeitgenossen, als wirkliche Menschen. Möglicherweise wird diese Behauptung einigen Protest hervorrufen, denn wir lieben die Kunst, und was wir lieben, das verteidigen wir. Ich glaube sogar, daß es wenig Völker gibt, die so leidenschaftlich die Kunst lieben. Wo gibt es denn noch einmal ein Land, das in jeder größeren Stadt ein Theater besitzt, und oft sogar zwei, ein Schauspielhaus und ein Opernhaus? Wo gibt es denn in Frankreich außerhalb von Paris nennenswerte Bühnen? Und wo in England außerhalb von London? Das ästhetisch Schöne gefällt uns über alle Maßen gut, und der schreckliche Hitler war schlau und gut beraten, als er immer wieder Bewegungen in Szene setzte, die den Menschen gefallen. Wehende Fahnen und marschierende Einheiten gleichmäßig gekleideter Soldaten sind ein angenehmer Anblick, und in allen Ländern, die ich besucht habe, von Moskau bis Paris, sah ich die Menschen auf die Straße laufen und erfreut aussehen, wenn eine stramm ausgerichtete Kompanie gut geführt vorbeimarschierte. Was uns unterscheidet von anderen Völkern ist höchstens der Umstand, daß wir gar zu leicht aus dem Häuschen geraten, und zwar sowohl diejenigen unter uns, denen der Anblick gefällt, als auch diejenigen, die schimpfen, weil sie aus weltanschaulichen Gründen solche Paraden ablehnen.

Das Schöne rührt und entzückt uns, und manchmal wundere ich mich, wenn ich sehe, welche Orkane von Beifall unser Publikum Sängern spendet oder Sängerinnen, die ihm gefallen haben. Daher nehmen wir das Schöne denn auch auf und herein, wo wir's nur finden.

Auf dem literarischen Gebiet ist Deutschland das Land der Übersetzungen. Wo in aller Welt — ich frage und bitte mich eines Besseren zu belehren — wo gibt es noch ein Land, das fünfzigbändige Gesamtausgaben der Übersetzungen von Strindberg und Ibsen und Tolstoi und Balzac herstellt?

Aber wir sind, wie wir sind, und ich tadele nicht. Was mich beschäftigt, antreibt bei meinen Überlegungen, das ist die Frage: Wie sind wir eigentlich? Leidenschaft für Liebe und Verehrung und das Gegenteil davon, Leidenschaft für Neid

und Mißgunst wohnen in höchster Stärke in unserer Brust. Weder Friedrich der Große noch Goethe noch Bismarck waren so groß, wie wir sie sehen, besser gesagt, wie wir uns immer wieder gegenseitig zeigen. Friedrich hat ein paar große Schlachten gewonnen, aber er hat auch ein paar verloren, und als Mensch hat er eine beklagenswert schlechte Ehe geführt, und was noch schlimmer ist, eine grausame Ehe. Wo wir aber verehren, da sind wir bereit, viel zu verzeihen, und bei uns glauben viele, große Männer dürfen sich alles erlauben. Auch der Glaube ist weit verbreitet unter uns, daß es auf große Männer ankommt. Ich dagegen glaube, daß es auf Männer ankommt, auf den Stolz, der in unserer Brust wohnen soll. Bei Nietzsche steht zu dieser Frage eine sehr gute Bemerkung: „Was büßt man am schlimmsten für Seine Bescheidenheit; seinen eigensten Bedürfnissen Gehör geschenkt zu haben; sich verwechselt; sich nicht zu nehmen; die Feinheit des Ohrs für seine Instinkte einbüßen — dieser Mangel an Ehrerbietung gegen sich rächt sich durch jede Art von Einbuße: Gesundheit, Freundschaft, Wohlgefühl, Stolz, Heiterkeit, Freiheit, Festigkeit, Mut. Man vergibt sich später diesen Mangel an echtem Egoismus, man nimmt ihn als Einwand, als Zweifel an einem wirklichen ego.“

Man übersetze diesen Satz aus dem Privaten ins Politische und man erkennt, wie meisterhaft er ist, wie köstlich er ist, wie nützlich. Es bleibt eine falsche Bescheidenheit, ein großer Mann an und für sich Rechte einzuräumen, Sonstige Rechte, die stehen ihm gar nicht zu, ganz abgesehen davon, daß wirklich große Männer bescheiden sind, und wirklich große Männer stolz. Hochmut ist dumm, und wo er auch kommt und auftritt, dieser Charakterdefekt ist immer ein Zeichen von geistiger Schwäche. Stolz ist eine edle Eigenschaft.

Für die öffentliche Meinung eines Volkes ist es unerläßlich wichtig, daß man sich kennt, und Bescheid wissen heißt, das ganze Volk über den Zaun guckt und denkt: So ist der also! Alle Klassen und Gruppen sollen beobachtet werden, nicht nur die reichen Leute oder die Männer, die regieren. Von denen wird bei uns beinahe zu viel gesprochen und geschrieben. In einer Demokratie haben politische Menschen die gleichen Rechte, andernfalls ist das betreffende Land keine Demokratie. Zu dieser Kenntnis des eigenen Volkes, die gar nicht groß genug sein und gar nicht groß genug gehen kann, zu diesem Wissen darum, wie man eigentlich ist, wir Deutschen, gehört auch eine mögliche große Kenntnis der eigenen Geschichte.

Die Kenntnis der eigenen Geschichte, der jüngsten, und der verändernden Ereignisse der Vergangenheit gehört auf den Grundlagen, auf denen eine öffentliche Meinung bilden kann. Ich glaube, daß sie sogar unbedingt gehört. Die öffentliche Meinung der Schweiz hat eine bestimmte Vorstellung von Tell. Bei uns schadet die Festigkeit und Tiefe unserer öffentlichen Meinung, daß wir nicht einmal die Demokraten und Republikaner besitzen eine feste und klare Meinung von einem Politiker wie Bismarck haben. Ich weiß, daß ich ein heißes Eisen anhebe, indem ich diesen Namen nenne, aber ich tu's mit einem ruhigen Urteil. Ich träume von einer deutschen demokratisch-republikanischen Weltanschauung, die sich ein ruhiges Urteil über unsere ganze Geschichte.

In diesen Tagen habe ich in einem Buch geblättert, das den Titel führt: Das Zeitalter der Reformation, eine Geschichte der europäischen Kultur von Wiclif bis Calvin. Der Verfasser ist ein Amerikaner namens Will Durant. In diesem Buch fand ich eine verblüffend gute Darstellung Karls V., also jenes Kaisers, der in Deutschland zur Zeit der Reformation regiert hat. Erlauben Sie mir, Ihnen ein paar Sätze vorzulesen:

„Karls V. sexuelle und kulinarische Ausschweifungen, seine aufreibenden Feldzüge und die Regierungsbürde in einer Zeit gewaltiger revolutionärer Umwälzung hatten seine Kräfte verbraucht, seine Staatskunst abgestumpft und seinen Willen gebrochen. Mit dreiunddreißig Jahren an Magen- geschwüren leidend, mit fünfunddreißig ein alter Mann, mit fünfundvierzig von Gicht, Asthma, Verdauungsstörungen und Sprechschwierigkeiten geschlagen, verbrachte er einen großen Teil seiner wachen Stunden unter Schmerzen und nur wenig in linderndem Schlaf; Atemnot zwang ihn, ganze Nächte sitzend auszuharren.

Möglicherweise waren seine körperlichen Leiden wenigstens teilweise auch schuld an seiner gegen den niederländischen Protestantismus gerichteten Verfolgungswut und anderen gelegentlichen Grausamkeiten. Deutschen Landsknechten, die in französischen Diensten standen, ließ er die Füße abschlagen...

Ein merkwürdiger Staatschef! Als er Ende Fünfzig war, zog Karl sich in sein Heimatland zurück, nach Spanien, in die Nähe des Klosters San Yuste. Aber statt Rosenkränze, Litaneien und Psalmen zu beten, las Karl die Berichte seines Sohnes, des Königs von Spanien, und beantwortete sie mit vielen Ratschlägen, die alle Gesichtspunkte des Krieges, der Religion und der Verwaltung betrafen. In seinem letzten Lebensjahr empfahl er in seiner unablässig sich steigernden Bigotterie unbarmherzige Strafen zur ‚Ausrottung der Ketzerei mit der Wurzel!‘ Er bedauerte sogar seine Nachsicht gegen Luther in Worms...

So war also der Mann beschaffen, der unser Land regierte zur Zeit der ersten großen europäischen Revolution, der Vorgängerin der Französischen Revolution von 1789 und der Russischen von 1917. Aber geben wir das Wort kurz noch einmal Mr. Durant. Er schließt das Kapitel über Karl V. in seinem Buch mit folgenden Worten:

„Karl V. war der augenfälligste Versager seiner Zeit. Sogar seine Tugenden, die er auch besaß, erwiesen sich für die Menschheit oft als unglücklich. Die bei seinem Regierungsantritt so blühenden reichsunmittelbaren Städte hatten bei seinem Tod Wohlstand und Unabhängigkeit eingebüßt. Als Karl zum erstenmal in Deutschland erschien, fand er die deutsche Nation wie keine andere von Energie und Ideen durchpulst; als er abdankte, war sie seelisch und geistig erschöpft, daß sie zwei lange Jahrhunderte brachliegen sollte.“ Andere Historiker, hiesige, haben auch gesehen, daß Karl V. gescheitert ist. Der deutsche Historiker Karl Brandi, der ein dickes Buch über Karl V. geschrieben hat, formuliert das so: „Erschütterndes Verhängnis unserer Geschichte! In diesem Augenblick, da die Nation eines Königs bedurfte, der ihr grenzenloses Können und Sehnen zusammenfaßte, fand sie einen jungen Herrn, den nichts, aber auch gar nichts mit dem inneren Wesen der Nation verband, der sich vielmehr anschickte, gegen die Nationen, zu deren Führung er berufen war, nach Erbe und Pflicht der Idee eines rein dynastisch gearteten Weltreichs nachzutrachten...“

Aber Durant, und darauf kommt es mir an, der Amerikaner, ist seit langer Zeit der erste Geschichtsschreiber, den ich gelesen habe, der sich nicht nur um die Hauptperson seines Buches kümmert. Brandi spricht in seinem Buch so gut wie nur von dem Mann Karl, Durant spricht auch von den Nebenpersonen, von dem Volk, das der Mann regierte, und dem Land, das er ruiniert hat. Das ist in meinen Augen an seinem Buch das Neue und Nützliche. Darum gehört es meines Erachtens in die Reihe der Werke, deren Studium, besser gesagt, nicht so schrecklich ernst gesagt, deren Lektüre beitragen kann zur Bildung einer öffentlichen Meinung bei uns.

In Deutschland streiten wir uns zu wenig über geistige Fragen und über Männer des Geistes. Wer streitet sich denn bei uns über Goethe, wie man sich in Frankreich über Racine streitet oder über Pascal? Bei uns vergrößert sich eine Mischung aus Lethargie, Lohhudelei und Vorsicht, die ich bedauere. Die Kämpfe des Geistes gehören zu den Quellen, die den Strom der öffentlichen Meinung speisen.

Ich könnte mir denken, daß es hauptsächlich unter den Intellektuellen Männer und Frauen gibt, die mir widersprechen. Diese Menschengruppe glaubt, um gescheit zu sein, müsse man gebildet sein, ja, man müsse sogar gebildet sein, um in der Politik mitreden zu können und zu dürfen. Ich bin weiß Gott der letzte, aus dessen Mund man jemals ein Wort gegen Bildung hören wird. Ich lese und denke und arbeite an meinem Schreibtisch soviel, wie ich nur kann. Im Lauf meines Lebens habe ich aber die Erfahrung gemacht, daß es viele, sogar sehr viele und sehr verschiedene Formen gibt von Bildung. Man verwechsle mich bitte nicht mit meinem berühmten Vorfahren, der ein Romantiker war. Ich bin keiner, aber ich glaube, ein Schäfer, der tagaus tagein seine Herde hütet, der kann, wenn Gott ihn so geschaffen hat, tiefe Gedanken hegen. In unserer deutschen Literatur kommt das Volk so gut wie nicht vor, aber ich denke an die großartigen, grundgescheiterten Männer aus dem Volke, die in Erzählungen von Gorki vorkommen, oder in den Romanen von Dickens. Und ich denke an das herrliche Wort des großen französischen Denkers Pascal: „Das Herz hat seine Gründe, welche die Vernunft nicht kennt.“ Pascal sagt damit nichts gegen die Vernunft, er will nur sagen, daß es im Menschen mehrere Vernunftzentren gibt.

Ach ja, die Intellektuellen! Wie vieler Irrtümer erschrockener und bekümmertes Zeuge bin allein ich in meinem Leben geworden. Gewesen. Ich lebte schon in der Schweiz, es wird so Ende des Jahres 1933 gewesen sein oder 1934, also, als ich erleben mußte, daß Mr. Churchill lauthals das Lob Hitlers sang. Wenn Großbritannien, so verkündete er, einmal in einer schlechten Lage sei, dann werde hoffentlich auch ihm ein Hitler erstehen! Winston Churchill hat später anders gedacht über seinen Zeitgenossen aus Braunau, und ich erzähle die Geschichte ja auch nicht, um Mr. Churchill zu tadeln. Weiß Gott, irren ist menschlich, und ich habe die Geschichte nur vorgebracht, um zu sagen, daß auch hochstehende Intellektuelle und erfolgreiche Politiker sich irren können.

Alle brauchen die Hilfe der öffentlichen Meinung, der Mann und die Frau, die ins Wahllokal gehen, um ihre Stimmen abzugeben, und der Mann, der ins Ministerium geht und dort sein Chefzimmer betritt. Der Mann weiß nämlich auch nicht alles. Im Gegenteil. Wer von den Politikern und Staatsmännern, die in New York oder in Genf zusammensitzen, sich treffen, sehen, sprechen, wer weiß denn da, was der denkt, plant, im Sinn hat, der andere Politiker, der ihm

gegenübersetzt? Niemand weiß, was Chruschtschew morgen tun wird, vielleicht noch nicht einmal er selber.

Eine funktionierende öffentliche Meinung bestimmt daher die Grundlinien der Politik.

Wenn ich abschließend mir nun überlege, welche politische Staatsform es ist, die am besten die öffentliche Meinung ausdrückt und ihre Freiheit am besten beschützt und die allgemeine Freiheit, dann sehe ich die parlamentarisch regierte Demokratie. In einer Diktatur, wir haben's erlebt, bestimmt eine Partei, sogar die Führerschaft einer Partei, was gesagt werden darf und gedacht werden soll. In einer Demokratie soll es die Regierung sein, die gehorcht. Diese Regierungsart ist aber nun, und besonders bei uns, noch ein wenig weit davon entfernt, besonders schön und gut und wundervoll zu sein. Es ist eben ein Unterschied, ob man ein Demokrat ist, oder bloß für die Demokratie. Wer schon einer ist, ein Demokrat, der kann's halt besser als einer, der noch bloß dafür ist.

Neulich blätterte ich in einem guten Buch, dem Antimacchiavell, den Friedrich der Große geschrieben hat, als er noch ein

junger Mann war. Dort fand ich eine sehr gute Bemerkung. Sie lautet: „Es scheint mir, daß, wenn es eine Regierungsgewalt gibt, deren Weisheit man in unseren Tagen als Muster aufstellen kann, es die englische ist; dort in England ist das Parlament der Schiedsrichter des Volkes und des Königs, und der König hat alle Macht, gut, aber keine Macht, böse zu handeln.“

Man ersetze das Wort König durch das Wort Regierung und die Behauptung Friedrichs ist ebenso modern, wie sie gut ist. Ich habe die Stelle übrigens nicht zitiert, weil sie von einem Mann stammt, der von Beruf König war, ich fühle mich die Ansicht an, weil sie gut ist. Gute Formulierungen sind selten; die muß man nehmen, wo man sie findet, selbst wenn sie aus der Feder eines ehemaligen Königs stammen.

*Auszug aus dem soeben erschienenen Buch „Schöne Literatur und öffentliche Meinung“, mit freundlicher Genehmigung des Limes-Verlages, Wiesbaden.*

Otto Heinrich v. d. Gablentz

## Gläubiger Realismus

### Zur Verleihung des Friedenspreises an Paul Tillich

Die marxistische Polemik pflegt das Christentum als Idealismus abzuhandeln, als den Zweig einer Weltanschauung, in der die Dinge nicht ernst genommen würden, in der man eine objektive Erkenntnis leugne, ja nicht einmal wünsche. Damit ist schon der Idealismus gründlich verzeichnet. Vom Christentum aber versteht der Marxismus überhaupt nichts. Erstens ist es, wie Schelling sagt, „keine Lehre, sondern eine Sache“. Zweitens kennt es, soweit es eine Lehre ist, wohl den Eigenbereich des Geistes, aber es wertet die materielle Welt nicht zu seinen Gunsten ab. Es ist weder idealistisch noch materialistisch, sondern realistisch. Das muß man allerdings selbst heute noch vielen evangelischen Christen mühsam klar machen, die weder Bibel noch Dogma, sondern nur die bürgerliche Tradition des 19. Jahrhunderts kennen. Die Bibel weiß um die Schöpfung von Himmel *und* Erde, der sichtbaren *und* der unsichtbaren Dinge, sie weiß um die Verpflichtung des Menschen gegenüber der seufzenden Kreatur. Das Dogma kennt die Wandlung: „Ist jemand in Christo, so ist er eine neue Kreatur“ — aber die Verachtung des Leibes, der alten Schöpfung, ist ihr fremd. Es war ein Neuplatoniker und kein Christ, der sagte: „Ich schäme mich, einen Körper zu besitzen.“ Gläubiger Realismus glaubt, daß Gott über seine Schöpfung verfügt, und daß er den Menschen hineingesetzt hat, daß er sie dem Teufel entreiße und nicht überlasse. Damit unterscheidet sich dieser Realismus ebenso vom ungläubigen Realismus, der die Realitäten aus dem Zusammenhang mit Gottes Weltregiment reißt, der die Kategorien des Segens und Fluches nicht kennt und allein nach Zweck und Erfolg urteilt, wie von einem „gläubigen Idealismus“, der da meint, weil das Reich Gottes nicht *von* dieser Welt sei, deshalb habe es auch keinen Platz *in* dieser Welt.

Das Stichwort vom „Gläubigen Realismus“ hat Paul Tillich 1927 in einem Vortrag geprägt, der später in seinen Büchern „Religiöse Verwirklichung“ und „Der Protestantismus“ wieder abgedruckt wurde. Tillich und seine realistische Theologie sind leider der deutschen Öffentlichkeit seit seiner Emigration 1933 ziemlich entschwunden, während er in Amerika samt seinem Freunde Reinhold Niebuhr weit über die Kreise der bewußten Christen hinaus zu den geistigen Führern gerechnet wird. Wenn er jetzt im September den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhält, ist es ein guter Anlaß, sich auf seine Bedeutung zu besinnen.

Tillich gehörte vor 1933 zu den Führern des religiösen Sozialismus. Er war überzeugt davon, daß die Massen des Volkes zu politischen und geistigen Reife heranwachsen würden, und daß eine dem gemäße Politik auch die Formen des Wirtschaftslebens würde ändern müssen. Aber er war ebenso überzeugt, daß die Sozialisten Ziel und Weg verfehlen müßten, wenn sie nicht ihr Bild vom Menschen und seiner Geschichte an der Wirklichkeit Gottes ausrichteten. Tillich sprach und schrieb damals sehr gelehrt. Hauptbegriffe waren für ihn: Kairos und Theonomie. Kairos heißt: „die erfüllte Zeit“ im Unterschied zu der gleichmäßig ablaufenden. Den Kairos wahrnehmen heißt „zeitgemäße“ Politik machen, tun, was nur jetzt, aber jetzt wirklich und morgen nicht mehr möglich ist, heißt nicht absolute Maßstäbe aus vergangenen Epochen ableiten, sondern vom „Wächterstandpunkt“ des Denkers her sehen, daß die Freiheit des Menschen und seine Offenheit vor Gott in jeder historischen Situation gewahrt bleibt. Der Theonomie gemäß handeln heißt: weder heteronom sich einem fremden Standpunkt kritiklos unterwerfen, noch autonom sich aus der

Zusammenhang von Gesellschaft und Geschichte lösen, sondern erfassen, welches Gesetz Gottes zugleich in mir und in der Welt spricht — denn beide sind Gottes — und danach verfahren.

Tillich selbst sagt, seine Sprache sei einfacher, sein Denken lebensnäher geworden, seit er englisch schreiben muß. Von seinem Hauptwerk „Systematische Theologie“ liegen zwei Bände vor. Der erste behandelt „Vernunft und Offenbarung“, d. h. das Verhältnis von Philosophie und Theologie, die bei Tillich immer verbunden sind, und „Sein und Gott“, also den ersten Glaubensartikel. Der zweite Band heißt „Die Existenz und der Christus“. Den dritten Band mit den Abschnitten „Das Leben und der Geist“ und „Die Geschichte und das Reich Gottes“ dürfen wir wohl bald erwarten. Tillich gibt also eine trinitarische Theologie. Das gesamte Sein ist auf Gott bezogen, unsere Existenz als Menschen ist nur zu verstehen von der Wirklichkeit Christus her, unser Leben steht unter der Führung des Heiligen Geistes, der die Geschichte hinleitet zum Reich Gottes. Daraus gewinnen wir den „Mut zum Sein“, verstehen, daß „Liebe-Macht-Gerechtigkeit“ nur zusammen das öffentliche Leben wirklich ändern können, und verstehen vom „Wesen und Wandel des Glaubens“ aus den „Protestantismus-Prinzip und Wirklichkeit“. (Alles Titel Tillichscher Schriften.)

Das „protestantische Prinzip“ ist für Tillich nicht die ewige Negation, sondern die kritische Zuversicht. Vom Zentrum aus, von der Wandlung in und durch Christus, gewinnt man Unbefangenheit im Urteil über alle Erscheinungen, z. B. auch über diejenigen, die sich „Atheismus“ und „Materialismus“ nennen. Man muß zunächst nach dem Glauben fragen. Er ist nach Tillich „das Ergriffensein von dem, was uns unbedingt angeht.“ Nur auf die Menschen kommt es in der Geschichte an, die „etwas unbedingt angeht“. Sie gestalten Weltgeschichte, weil sie etwas wagen können. Die Auseinandersetzung mit dem Marxismus ist eine Auseinandersetzung mit Menschen, die unbedingt ergriffen sind von der Gerechtigkeit. Darum ist sie nicht zu gewinnen, wenn man den Marxismus als falsche Philosophie entlarvt. Das soll man zwar auch durchaus tun, um der eigenen inneren Sicherheit willen, um der Zweifelnden und Fragenden willen. Die Gläubigen aber können wir nur erschüttern, wenn wir ebenso unbedingt von der Liebe ergriffen sind, dann können wir die anders Glaubenden ernst nehmen und besser als sie selbst verstehen, wie Liebe und Gerechtigkeit verbunden sind, und wie sie gemeinsam den Sinn und die Grenzen des dritten Elements der Gemeinschaft, der Macht, bestimmen. Fragen wir aber nach der Gerechtigkeit, dann fragen wir nach der dem Menschen gemäßen Politik. Fragen wir nach der Macht, dann fragen wir nach der sachgemäßen Politik. Die Liebe aber lehrt uns zu verstehen, was jetzt und hier Not tut. Es ist das über alle Grundsätze hinaus Zeitgemäße, das, was dem „Kairos“ entspricht.

Menschengemäß — sachgemäß — zeitgemäß hat die Politik der Christen zu sein. Das erste bedeutet: die Person geht jeder Institution vor, auch dem Staat, auch der Nation, auch der Kirche! Gerecht ist, was die verantwortliche Freiheit des Menschen fördert, gleich im Maßstab, wechselnd im Inhalt mit der historischen Situation. Thomas von Aquino sagt: „Ordnung ist eine Beziehung, nicht eine Substanz.“ Die Beziehung der Ehe zwischen Mann und Frau bleibt unberührt davon, ob es eine patriarchalische oder eine Partnerehe ist, aber die Art, wie sie einander „untertan“ zu sein haben,

wandelt sich. Das zweite heißt: die Schöpfung muß kultiviert, d. h. gepflegt werden. Sie darf nicht im Raubbau ausgenutzt werden. Solowjow sagt: „Der Stein hat ein Recht auf Vergeistigung durch den Menschen.“ Wirtschaft heißt verantwortliche Naturgestaltung! Marktwirtschaft ist eine Möglichkeit dazu neben anderen. Heute eine sehr zweckmäßige — aber nur, soweit sie zugleich die Menschen richtig versorgt und die Dinge richtig gestaltet. Das dritte heißt heute ist vieles unmöglich, was gestern möglich war. Darum kann der Nationalstaat nicht mehr ein politisches Ideal sein, darum kann keine Elite mehr auf Anerkennung rechnen, nur weil sie aus edlem Blut stammt, oder weil sie akademische Bildung hat, oder weil sie über Vermögen verfügt. In der Zeit der Fundamentaldemokratisierung muß sich jede Führungsschicht erst durch Leistung legitimieren. Es heißt aber auch: Utopien sind kein politischer Maßstab; die Staatsführung muß sich Utopien verbieten. Die unbedingte Güte des Menschen, die unbedingte Erkenntnis des Richtigen sind keine Menschenmöglichkeiten. Aber auch Reife muß abgewartet werden. Es ist nicht zu verantworten, Menschen Macht anzuvertrauen, die sie nicht beherrschen können, Kräfte oder Güter auszuteilen, wenn sie an anderer Stelle noch dringender gebraucht werden.

Es gibt ein merkwürdiges Gedicht von Chamisso, dessen Strophen mit den Kehrreimen schließen:

„Langsam, langsam und gelassen!  
Nichts unzeitig, nichts gewaltsam!  
Unablässig, unaufhaltsam,  
Allgewaltig naht die Zeit.“

Und: „Vorwärts, vorwärts! Nimmer lässig!  
Nimmer zaghaft, kühn vor allen!  
Unaufhaltsam, unablässig,  
Allgewaltig naht die Zeit.“

Alle Zeit aber ist Gottes Zeit. Gläubiger Realismus heißt nicht hetzen und nicht sorgen, Vertrauen behalten in größter Nüchternheit, auch das Ungewohnte wagen in diesem Vertrauen!

In der Absicht, das Ungewohnte zu wagen, wurde 1945 die Christlich-Demokratische Union gegründet. Sie sollte eine Partei sein, allem Risiko des Machtkampfes, auch dem geistigen, sich aussetzend. Sie sollte keine Interessenvertretung der Christen, keine christliche Partei sein, aber eine Partei, die bestimmt ist durch den „gläubigen Realismus“ bewußter evangelischer und katholischer Christen. So hat es Robert Tillmanns gemeint, wenn er das C in CDU dahin deutete, daß es den Anspruch ausdrücke, den wir an uns selbst stellen, uns nach dem Maßstab Christi zu richten. So hat es Hermann Ehlers verstanden, als er den evangelischen Arbeitskreis zusammenrief mit der doppelten Aufgabe, die Evangelischen der CDU und die CDU den Evangelischen glaubhaft zu machen. Es würde dem Evangelischen Arbeitskreis sehr gut tun, wenn er sich darauf besänne, daß er in einem politischen und geistigen Zusammenhang steht, der weit über deutsche Parteien und deutsche Landeskirchen hinausreicht.

*Wichtige Schriften von Paul Tillich:*

*Kairos. Zur Geisteslage und Geisteswendung. Darmstadt 1926*

*Religiöse Verwirklichung. Berlin 1930*

*Der Protestantismus. Prinzip und Wirklichkeit. Stgt. 1950*

*Mut zum Sein. Stuttgart 1953*

*Liebe — Macht — Gerechtigkeit. Tübingen 1955*

*Wesen und Wandel des Glaubens. Berlin 1961*

*Systematische Theologie. Bd. I. Stgt. 1955; Bd. II. Stgt. 1958*

## Ein zielbewußter Katholikentag

Marlies Flesch-Thebesius

*Glauben — Danken — Dienen*

Dies war ein Katholikentag in der Diaspora. Ein Katholikentag ohne Kathedralen, Kreuzgänge und heimelige Herrgottswinkel, ein Katholikentag, bei dem die große Anbetungskirche zu Beichte und stillem Gebet eine Messehalle war. Die nüchterne Atmosphäre der Gaststadt Hannover bestimmte das Klima dieser vier Tage. Daß dabei eine sehr zielbewußte und in die Zukunft weisende Arbeit geleistet wurde, ließ sich mit Händen greifen. Aber unter der Oberfläche ließ sich auch spüren, welch tieferen Ursprung diese Aktivität eigentlich hatte. Er sei fast überrascht, sagte der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Karl Fürst zu Löwenstein, daß man in dieser Stadt so gut beten könne.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung Hannovers ist evangelisch, nur zwanzig Prozent gehören der katholischen Konfession an, auch dieser Umstand bestimmte das Klima dieser vier Tage. Nicht nur, daß die Stadt wohl noch nie in ihrer Geschichte so viele katholische Christen gleichzeitig beherbergt hat; nicht nur, daß die vielen schwarzgewandeten Priester ein ungewohntes Bild in den Straßen waren. Das Nebeneinander von Christen beider Konfessionen zeigte auch praktische Ergebnisse sehr erfreulicher Art. Landesbischof Lilje gab einen Empfang für die führenden Persönlichkeiten des Katholikentages, und die katholische Presse hob rühmend hervor, dies sei das erste Mal, daß auf einem Katholikentag eine solche Begegnung zwischen Würdenträgern der beiden Konfessionen stattfinde. Gerühmt wurden ferner die Gastfreundschaft der Hannoveraner und — da das Wetter drei Tage lang zwischen Böen und Wolkenbrüchen wechselte, ehe zur großen Schlußkundgebung endlich die Sonne schien — das Gebet auch der evangelischen Christen um gutes Wetter.

Die Veranstalter hatten die Spannung zwischen beiden Konfessionen sehr bewußt in ihr Programm eingebaut. Es war kein Zufall, daß der Vatikan gerade zu diesem Katholikentag, der in der Diaspora stattfand, seinen führenden Mann in Sachen der konfessionellen Einigung entsandt hatte, nämlich Kurienkardinal Bea, den Präsidenten des Sekretariats für die Einheit der Christen. Und als eine Persönlichkeit, welche schon vor 300 Jahren die konfessionellen Spannungen beispielhaft durchgestanden und schließlich im katholischen Sinne gelöst hatte, wurde den Gläubigen ein Mann vorgestellt, der 1676 als Weihbischof in Hannover gewirkt hat: der dänische Naturforscher und Konvertit und spätere Apostolische Vikar für die Nordischen Missionen, Niels Stensen.

Glauben — Danken — Dienen: diese drei Imperative waren das Leitwort in Hannover. Dabei lag der Akzent auf dem ersten und dem letzten Imperativ. Es war Bundesminister Lücke, der als Präsident dieses 79. Katholikentages den großen Rahmen absteckte, in dem sich das Dienen der katholischen Christen in den nächsten Jahren konkret vollziehen soll. Er rief auf zu einer „Aktion Hannover“, durch die einigen besonderen Notständen dieser Zeit Schach geboten werden soll. An erster Stelle steht ein freiwilliges Sozialjahr für Mädchen in Familien, Altenheimen, Krankenhäusern. Die Idee eines solchen Sozialjahres hat eine Vorgeschichte. Es hat sich als unmöglich erwiesen, einen derartigen Dienst obligatorisch zu machen — allein schon die Reminiszenzen an das „Pflichtjahr“ der Nazis schrecken —, und als Professor Helmut Thielicke vergangenes Jahr dennoch einen Vorstoß in dieser Richtung versuchte, stieß er auf fast einhellige Ablehnung. Hingegen hat ein freiwilliges „Diakonisches Jahr“, das zuerst vor 10 Jahren in der evangelischen Landeskirche Bayerns eingeführt wurde, überraschende Anziehungskraft bewiesen. Es ist inzwischen von fast allen evangelischen Landeskirchen übernommen worden. Die Zahl dieser diakonischen Helfer war aber immer nur relativ gering. Nun will die katholische Kirche die Arbeit auf breiterer Basis aufbauen — ein Vorhaben, zu dem man nur von Herzen Erfolg wünschen kann.

Neben dieser Arbeit am eigenen Hause sind noch verschiedene Unternehmungen für die Menschen „draußen vor der Tür“ vorgesehen. Ein Dorf für Gastarbeiter soll gebaut werden, in das die Arbeiter auch ihre Familien mitbringen können; ausländischen Studenten und Praktikanten soll in größerem Maß als bisher Eingang in deutsche Familien verschafft werden; und schließlich sollen junge Leute für den Dienst bei den Entwicklungsvölkern ausgebildet werden.

Es wäre aber kurzschlüssig, wollte man „Dienen“ nur im Sinne einer mehr oder minder karitativ ausgerichteten Arbeit verstehen. „Dienst“ ist jede verantwortliche Arbeit in einer Gemeinschaft. Hier ist nun von der Rolle zu berichten, die die katholischen Verbände auf diesem 79. Katholikentag zum ersten Male nach vielen Jahrzehnten wieder gespielt haben. Von den alten Verbänden, die Mitte des vorigen Jahrhunderts maßgebend waren, sind nur noch wenige — wie etwa die Kolpingsfamilie oder der katholische Meister-Verein — übrig. Aber viele neue kamen hinzu, und man hat sie diesmal zu einer eigenen, verantwortlichen Arbeit herangezogen. Einige haben vorwiegend religiösen Charakter, andere — es sind die meisten — sind berufsbezogen oder sozialpolitisch orientiert, und schließlich kamen nach dem letzten Krieg auch die Heimatvertriebenen hinzu, eine Organisation, deren Existenzberechtigung im Rahmen einer Kirche fraglich erscheinen kann. Insgesamt waren über sechzig derartiger Vereinigungen vertreten, und während die übrigen Laien auf dem Messegelände an Vorträgen und Diskussionen teilnahmen, waren die rund 500 Verbands-Delegierten in der Technischen Hochschule unter sich. Ihr Zusammensein stand im Zeichen des Hannoverschen Zentrumsabgeordneten Ludwig Windthorst, des großen Gegenspielers Bismarcks im Kulturkampf, aber es ging nicht darum, dabei wieder die alten kulturkämpferischen Gegensätze zu entfachen. Vielmehr wurde Windthorst als ein Mann dargestellt, für den christliche Politik nicht mehr und nicht weniger bedeutete als die Siche-

zung des Freiheitsraumes beider christlichen Kirchen für die Botschaft der Welt, und für den die Macht immer der Moral untergeordnet war.

Schön und eindringlich erklang darauf, von einem Streichquartett vorgetragen, der Variationensatz aus Haydns Kaiserquartett — die Melodie des Deutschlandliedes.

Die Delegiertenversammlung beschloß ihre Arbeit mit einer Entschließung, die ihr künftiges Programm in Staat, Kirche und Gesellschaft umreißen sollte. Wobei freilich kritisch angemerkt werden muß, daß dies Programm zu reichhaltig war, um den wahren Beitrag, den solch ein Parlament katholischer Laien leisten kann, zu umreißen. Hatte das von Minister Lücke verkündete Sozialprogramm bei aller Vielfalt doch seinen Schwerpunkt bei dem Sozialjahr für Mädchen, so fehlte hier ein solcher Schwerpunkt durchaus. Von der Einheit Deutschlands bis zum zweiten Bildungsweg waren so ziemlich alle zur Zeit offenen Fragen von Belang angeschnitten. Dabei durfte dann auch die Frage der Heimatvertriebenen nicht fehlen. Sie blieb in der konventionellen Formel stecken, daß man seine Solidarität mit denen bekannte, „denen das Recht auf Heimat vorenthalten wird“. Demgegenüber war es bemerkenswert, daß in der Predigt, die Kardinal Frings tags darauf in der Eucharistiefeier vor Tausenden von Heimatvertriebenen auf dem Messegelände hielt, eine derartige Formulierung nicht vorkam. Vielmehr ermahnte der Kardinal, dankbar dafür zu sein, daß man im Westen nicht nur Arbeit und Brot, sondern darüberhinaus auch eine neue Heimat gefunden habe. Er gab den Gläubigen, die alle aus den Diözesen jenseits der Oder-Neiße-Linie stammten, bekannt, daß er mit dem Primas von Polen, Kardinal Wyczynski eine Bücherspende für polnische Theologen vereinbart habe — wahrlich eine Geste der Versöhnung, die, gerade vor diesem Forum vorgebracht, beispielhaft wirken sollte.

Glauben und Dienen — diese beiden Imperative des Katholikentages stehen in engem Zusammenhang miteinander. Dabei ist der Glaube das Primäre, er ist die Voraussetzung für alles Dienen zum Wohle des anderen Menschen. So war es nur konsequent, daß die öffentlichen Versammlungen auf dem Messegelände thematisch alle um den Begriff des Glaubens kreisten. Dabei wurde die bedrohte Situation des Glaubens in der säkularisierten Welt mit schonungsloser Offenheit in den Vorträgen dargelegt. Ebenso schonungslos waren dann aber auch die Fragen, die die Zuhörer stellten. Man fragte nach dem Verhältnis zwischen Beichte und der Psychoanalyse, die sich heute gewissermaßen als eine Art säkularisierter Beichte anbietet; bewirken die beiden nicht im Grunde das gleiche, nämlich die Befreiung des Menschen von seinen Hemmungen und Ängsten? Oder — hervorgerufen durch das Monitum, das das heilige Offizium vor kurzem gegenüber den Schriften Teilhards de Chardin ausgesprochen hat: wie verhalten sich die anthropologischen Forschungen Teilhards zu dem in der katholischen Kirche seit Thomas von Aquin überkommenen Menschenbild? Noch tiefer in den Bereich katholischer Dogmatik stieß eine Frage nach den Quellen der Offenbarung: gibt es göttliche Offenbarung unabhängig von der Dogmatisierung durch das unfehlbare Lehramt?

Die Beantwortung dieser Fragen geschah in Form einer Podiumsdiskussion, und es gereicht deren Teilnehmern zur hohen Ehre, daß sie nicht auswichen und selbst dort, wo

die Kürze der Zeit eine Beantwortung verbot, doch mindestens die Fragen selbst — die tags zuvor auf Zetteln eingebracht worden waren — nicht unterdrückten, sondern den Zuhörern vorlasen. So ist zum mindesten Stoff zum Nachdenken gegeben, und wahrscheinlich gehört überhaupt diese Art, Fragen zu wecken, mit zu dem Fruchtbarsten, was solch eine Generalversammlung christlicher Laien zu leisten imstande ist.

Noch tiefer in das Wesen des Glaubens drang man auf der Pastoraltheologischen Konferenz, die mit rund 700 Priestern im Alten Rathaus gehalten wurde. Hier trieb die Kirche gewissermaßen Seelsorge an ihren eigenen Seelsorgern. Was hier zu hören war, gehört für den evangelischen Christen mit zu dem Interessantesten dieser Tage. Man konnte mit Händen greifen, wie nah in gewissen, entscheidenden Fragen die beiden Konfessionen heute einander sind. Über die Geschichtlichkeit des Glaubens heute sprach der Innsbrucker Dogmatiker Karl Rahner. Wenn der Glaube des Laien im wesentlichen von außen bedroht ist durch Erscheinungen wie Wohlstand, Ideologien und die moderne Wissenschaft, so sieht er für den Geistlichen die entscheidende Bedrohung darin, daß er sich von der Welt auf die sogenannten „ewigen Wahrheiten des Glaubens“ zurückzieht. Tatsächlich sei Glaube aber gerade nichts ein für allemal Gegebenes, sondern eine Aufgabe, an der man arbeiten muß und die auch verfehlt werden kann. Er muß gelebt werden in der Bezogenheit auf den Bruder, und zwar nicht nur den gläubigen, sondern auch den scheinbar ungläubigen; denn auch der Heide sei, so hieß es, ohne es zu wissen, auf Gott als das „übernatürliche Existential unseres Daseins“ ausgerichtet.

Eine Hilfe dafür, wie die Botschaft des Glaubens dem Menschen unserer Tage auszurichten ist, gab die Konferenz durch einen Vortrag mit anschließender Diskussion über die Predigt. Dabei wurde betont, daß Predigt etwas anderes sei als Belehrung und daß in ihrem Mittelpunkt die heilige Schrift zu stehen habe. Gewiß sind das Ziele, von denen die landläufige Praxis katholischer Predigt meist noch entfernt ist, aber es klingt wie Musik in evangelischen Ohren und eröffnet auch erfreuliche Perspektiven für die Zusammenarbeit der Exegeten beider Konfessionen.

Den interessantesten Beitrag zur konfessionellen Frage brachte jedoch ohne Zweifel Kardinal Bea in seiner großen Rede für den lange vergessenen Dänen Niels Stensen. Mit großer Frische zeigte er an Stensens Vita die Züge, die für das interkonfessionelle Gespräch wichtig sind: Geduld, Bereitschaft zum Verständnis und eine genaue Kenntnis der dogmatischen Grundpositionen des anderen — dies namentlich in den Fragen von Kirche und Eucharistie (wozu, wie wir hinzufügen möchten, heute vor allem noch die Kenntnis der marianischen Dogmen der katholischen Kirche und vice versa für den Katholiken die Kenntnis der evangelischen Rechtfertigungslehre gehören). Bea kam dem nicht-katholischen Partner soweit entgegen, daß sein Vortrag bei vielen katholischen Theologen nicht ohne Widerspruch bleiben wird: alle Getauften, so sagte er, seien Kinder Gottes und Erben des Heils; und er sprach von den „mit uns getauften, von uns getrennten Brüdern“. Damit geht er nicht unwesentlich über das hinaus, was Pius XII in der großen Kirchen-Encyklika „Mystici Corporis“ gesagt hat: auch dort wird die Gültigkeit der nicht nach katholischem Ritus gespendeten Taufe grundsätzlich anerkannt, aber nur in dem Sinn, daß

das Taufsakrament jeden Getauften zum Glied der katholischen Kirche mache, gleichgültig, ob er das wisse oder nicht, gleichgültig auch, ob er es anerkenne oder nicht. Es ist zu erwarten, daß diese Diskussion über die Taufe innerhalb und zwischen den Konfessionen in Zukunft noch eine große Rolle spielen wird.

Der evangelische Christ, der einen Katholikentag miterlebt, wird die bunten Fahnen und festlichen Aufzüge suchen, die der Selbstdarstellung der anderen Konfession schon äußerlich ein so gänzlich anderes Gepräge geben als der eigenen. Vielleicht war es besagtes nüchternes Klima von Hannover, das ihn in dieser Beziehung oft nicht auf seine Kosten kommen ließ, vielleicht auch das schlechte Wetter. Dennoch war es schön, die Mäntel in Violett und Scharlach zu sehen,

in denen die Exzellenzen und Eminenzen der Feier für Niels Stensen in der Oper beiwohnten. Schön waren auch die roten Läufer auf dem samgrünen Rasen des Niedersachsenstadions, über die im Scheinwerferlicht der Zug der Ministranten, Priester, Bischöfe und Kardinäle zum Pontifikalamt im Niedersachsen-Stadion seinen Einzug hielt. Am eindrucklichsten aber war, wie während dieser Messe am Abend die Eucharistie an tausende von Gläubigen in dem großen Rund ausgeteilt wurde. Weißgekleidete Priester trugen die Hostien bis hinauf in die höchsten Ränge des Stadions und reichten sie jedem, der danach begehrte. Jedem Priester voran schritt ein kleiner Ministrant mit einer Fackel. Bald sah man in dem dunklen, weiten Rund nur noch diese Lichtpünktchen, und man wußte: dort, wo ein Licht ist, da ist das Sakrament.

## Bücher

**Ludwig Freund, Politik und Ethik: Möglichkeiten und Grenzen ihrer Synthese.** Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn. 351 Seiten DM 24,—.

Die Frage nach den Beziehungen zwischen Ethik und Politik ist deshalb so erregend, weil es nicht nur sehr viele verschiedene Antworten darauf gibt, sondern diese auch die politische Wirklichkeit zutiefst beeinflussen können. So ist auf der einen Seite die Ansicht weit verbreitet, daß die Ethik oder die Moral (Freund unterscheidet nicht scharf zwischen den beiden Begriffen) nichts zur Lösung politischer Probleme beitragen kann. Andererseits hat die Auffassung, daß die Politik ein direkter Ausfluß der Werte ist (oder sein soll) eine alte Tradition. Freund versucht den Widerspruch zwischen diesen beiden Ansichten zu überwinden. Er versucht, den Standpunkt zu definieren, der irgendwo zwischen den beiden Extremen liegt und der so beschrieben wird: ethische Werte dürfen weder vom politischen Handeln getrennt, noch mit ihm absolut identifiziert werden. Es gibt einerseits „Strukturbesonderheiten“, die die Politik von der Ethik unterscheiden, die aber andererseits wichtige Beziehungen zwischen ihnen nicht ausschließen. Vielmehr bringt ein politischer „Zweckmäßigkeitsgesichtspunkt“ „die notwendige Kompromißlösung zwischen moralischen Impulsen und materiellen Interessen“ mit sich. Nur wenn beide Dimensionen im Auge behalten werden, gibt es die Möglichkeit, eine zuverlässige Wissenschaft von der Politik und eine fruchtbare ethische Diskussion zu entwickeln.

Den Moralisten, Rationalisten und Ideologen, die die schwierigen Realitäten des politischen Lebens immer vereinfachen, stellt Freund seine Analyse der Macht entgegen. Im „Machtstreben“ der Gruppen und Gesellschaften, in ihrem Streben nach Autorität und Souveränität, gibt es immer Elemente irrationalen Verhaltens, die sich der Kontrolle durch die Vernunft entziehen. Es handelt sich — nach Simmels Ausdruck — um den „unvermeidlichen Streit“, der weder einfach durch ein vernünftiges System kontrolliert, noch moralistischen Modellen unterworfen werden kann. „Die Spannung

zwischen Interessen ist unser menschliches Schicksal“, sagt Freund. Deshalb ist das politische Leben innerhalb einer Nation genauso sehr von Konflikten durchzogen wie die außenpolitischen Beziehungen zwischen den einzelnen Nationen. Man kann sogar sagen, „Privatorganisationen sind oft moralisch rücksichtsloser in der Verfolgung ihrer Sonderinteressen als der Staat“. Mit anderen Worten, Voraussetzung der Politik ist, daß ein Staat oder irgendeine gesellschaftliche Gruppe „ihre Macht oder ihren Einfluß fühlbar“ machen. Das aber geht nur durch Machtausübung. Kurz gesagt, die wesentlichen Faktoren des politischen Lebens sind nach Freund Macht und Gruppeninteressen.

Freund versucht darüberhinaus zu beweisen, daß diese Faktoren von den kulturellen und moralischen Werten gar nicht getrennt werden können. Deshalb ist der dritte Faktor im politischen Vollzug der „Kulturstil“, d. h. der „Inbegriff der typischen Denk-, Glaubens-, und Lebensform einer menschlichen Gruppe, die sie zutiefst und gründlich von anderen menschlichen Gruppen unterscheiden“. Freund stellt die Bedeutung des Kulturstils für die politische Organisation und das politische Handeln heraus. Dadurch unterscheidet er sich von den Positivisten und Realisten, indem er deren Behauptung ablehnt, daß die Moral mit der Politik nichts zu tun hat. Mit vielen einleuchtenden Argumenten zeigt Freund, daß das Machtstreben der Gruppen und die daraus folgenden Konflikte von den religiösen und moralischen Traditionen der jeweiligen Gesellschaft geprägt sind. Aber die moralischen Faktoren sind auch eine der „möglichen Garantien gegen den Mißbrauch der Macht“ in Nationen und Gruppen.

Aus dieser Analyse ergibt sich als „das ethische Fazit“, wie die drei Faktoren Macht, Interessen und Kulturstil in ein Gleichgewicht gebracht werden können. Der Beitrag der Wissenschaft von der Politik zu diesem Gleichgewicht besteht darin, alle möglichen und relevanten Elemente zu klären, die eine politisch-ethische Entscheidung bestimmen. Darüber hinaus ist die politische Wissenschaft dafür verantwortlich, daß eine „politische Elite“ ausgebildet wird, die solche Entscheidungen richtig fällen kann.

Die Bedeutung des Buches von Freund liegt nicht zuletzt darin, daß er als politischer Wissenschaftler ein Thema aufgegriffen hat, das in den vergangenen Jahren im wesentlichen von Theologen angefaßt wurde. Freund selbst nimmt allerdings keine theologische Position ein, sondern versucht auf der Basis von relativen Werten zu argumentieren, Werten, die im Kulturstil festgelegt sind. Nach deren absoluter Berechtigung wird nicht und darf wohl auch im Sinn von Freund nicht gefragt werden. Für den deutschen Leser ist das Buch darüber hinaus wichtig, weil Freund die einschlägige anglo-amerikanische Literatur zur Frage glänzend beherrscht, und dadurch den Leser mit einer Denktradition bekannt macht, ohne deren Kenntnis man die Fragen der Beziehungen zwischen Politik und Ethik heute nicht mehr angehen kann.

Die Bedeutung des Buches für die deutsche Situation kann durch einige kritische Bemerkungen nicht gemindert werden. Obwohl Freund die Beziehungen zwischen Politik und Ethik systematisch behandeln will, scheint das Buch an manchen Stellen sehr impressionistisch. Grundlegende Kategorien wie „Werte“ oder „Interessen“ sind nicht genau genug definiert. Damit hängt eng zusammen, daß die Beziehungen zwischen der Religion und den Institutionen einer Gesellschaft nur unzureichend geklärt sind. Weil solche Klärung fehlt, wirken manche kritischen Urteile eher als Gemeinplätze denn als wissenschaftliche Aussage. Das gilt besonders von dem Satz, daß der „wirtschaftlich orientierte Materialismus“ Amerikas das eindeutige Ergebnis eines Verfalls im „geistigen Rüstzeug“ sei. Letztlich wird man auch ein Fragezeichen hinter Freunds Befürwortung einer politischen Elite machen müssen. Nicht, daß wir die Menschen nicht brauchen, die gut ausgebildet sind, in politischen Dingen Bescheid wissen und Entscheidungen fällen können. Aber ist es nicht viel notwendiger, daß wir ein politisch intelligentes und aktives Publikum haben? Diesen Punkt hat Freund leider vernachlässigt. — Dennoch wird keiner, der sich für die Beziehungen zwischen Politik und Ethik interessiert, an Freunds Buch vorbeigehen dürfen. David Little

Paul Tillich hat mehrmals einen kurzen Abriss seines Lebens und Denkens veröffentlicht. Der instruktivste dieser Aufsätze liegt nun auch in deutscher Sprache vor. Er stammt aus dem Jahr 1936 und wurde damals als Einleitung in die erste Aufsatzsammlung geschrieben, die der Autor in den Vereinigten Staaten publizierte. Die deutsche Fassung ist so-

eben aus Anlaß der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an den Autor erschienen und hat dem Buch den Titel gegeben:

**Auf der Grenze.**

**Aus dem Lebenswerk Paul Tillichs.**

**Evang. Verlagswerk, Stgt. 1962. 239 S. DM 9,80.**

Der kleine, handliche und preiswerte Band vereinigt Arbeiten aus den verschiedensten Gebieten Tillichschen Schaffens vorwiegend aus der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Auf den biographischen Abriss folgt eine Predigt aus dem Jahr 1961 über 2. Kor. 3, 5–6, die deshalb wichtig ist, weil sich in ihr ein neuer Predigtstil Tillichs zeigt. Einige kurze Auszüge aus der Systematischen Theologie leiten zu zwei Aufsätzen aus den zwanziger Jahren über, die sich mit dem Problem der protestantischen Gestaltung befassen und in die zentralen Probleme jeder protestantischen Ethik führen. Ihnen schließen sich Arbeiten aus den Bereichen der Anthropologie, der Geschichtsphilosophie und der Ethik an. Es folgen vier religionsphilosophische Arbeiten, unter denen der Vortrag über „Humanität und Religion“ in Deutschland bekannt wurde, als ihn der Autor bei Verleihung des Goethe-Preises der Stadt Hamburg im Jahr 1958 hielt. Das Bild, das dieser Auswahlband von der Weite des Tillichschen Denkens bietet, ist abgerundet durch die Aufsätze „die technische Stadt als Symbol“ und „zur Theologie der bildenden Kunst und Architektur“.

Das vorliegende Buch füllt eine Lücke, denn wenn immer man in der Vergangenheit gefragt wurde, was man als Einführung in das Tillichsche Denken empfehlen könne, war man ein wenig hilflos. Zwar sind Bücher wie der „Mut zum Sein“ oder „Wesen und Wandel des Glaubens“ für Tillich sehr charakteristisch und in sich große Leistungen, aber sie waren nicht in der Lage, die Weite dieses Geistes darzustellen. Der Leser muß bei der Lektüre allerdings im Auge behalten, zu welcher Zeit die einzelnen Arbeiten geschrieben wurden. Manche Urteile wird man nicht ohne weiteres als Tillichs heutige Meinung ausgeben dürfen.

Die Gedanken Paul Tillichs werden in den kommenden Jahren in zunehmendem Maße diskutiert werden. Niemand, der sich mit der Situation des Christen in der modernen Welt beschäftigt, kann an ihnen vorbeigehen. Mehr und mehr ist diese Situation dadurch gekennzeichnet, daß der Christ auf der Grenze lebt und dort ausharren muß. Dort liegt seine Verantwortung und dort findet er seine Freiheit. Die Arbeiten und Aufsätze Tillichs, nicht nur die in dem vorliegenden Buch vereinigten, können helfen, die Situation zu bestehen. e. a.